

Universität zu Köln
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung
Herbert-Lewin-Str.2
50931 Köln

Marco Gießelmann

Einsteiger und Wiedereinsteiger als Verlierer des arbeits-, sozialpolitischen und ökonomischen Wandels? Eine Untersuchung zur Veränderung des Armutsrisikos spezifischer Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zwischen 1991 und 2006

März 2008

Text: 73.267 Zeichen (incl. Leerzeichen, Fußnoten und Literaturverzeichnis)

5 Tabellen (davon 3 im Anhang)

6 Abbildungen

Einsteiger und Wiedereinsteiger als Verlierer des arbeits-, sozialpolitischen und ökonomischen Wandels? Eine Untersuchung zur Veränderung des Armutsrisikos spezifischer Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zwischen 1991 und 2006.

Entrants and re-entrants as losers of labour-, social policy and economic change? An analysis of the development of poverty risks of specific labour market groups from 1991 to 2006.

Zusammenfassung:

Legitimiert durch den Verweis auf Prozesse der Globalisierung wurden in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen implementiert, die, direkt oder indirekt, auf den Ausbau des Niedriglohnssektors abzielen. Trotzdem konnte in vielen Studien zum „Working Poor“-Problem kein tief greifender Wandel der materiellen Lebensbedingungen von Erwerbstätigen ausgewiesen werden. Dieses ist darauf zurückzuführen, dass etablierte Erwerbstätige durch verschiedene institutionelle Mechanismen weitestgehend vor den Auswirkungen der Reformen (bzw. einer Abwertung ihrer Arbeitsmarktposition) geschützt sind. Dieser Schutz besteht allerdings nicht für Personen, die nicht durch vorgelagerte Erwerbstätigkeit abgesichert sind. Dementsprechend zeigen empirische Analysen auf der Basis des Sozio-Oekonomischen Panel (Soep), dass sich niedrig entlohnte Beschäftigung und Armut insbesondere unter Einsteigern und Wiedereinsteigern auf dem Arbeitsmarkt ausgebreitet haben. Die Risiken dieser Gruppen sind in Relation zu allen Erwerbstätigen somit überproportional angestiegen.

Abstract:

Since the early 1990s, Germany has implemented social and labour market policies directly or indirectly aimed at the expansion of the low-wage sector. Many studies about the working poor have not shown a serious change in the material living conditions of the employed, though. This can be explained by the basic constitution of the German welfare state and labour market, which protect established employees from the effects of reforms, and consequently from a decrease of their labour market position. However, this does not apply for persons, who are not protected through previous employment. Accordingly empirical analyses on the basis of the Gsoep show that low-wage work and poverty have spread among entrants and re-entrants to the labour market. Thus, with regard to the overall development of the working poor rate, risks of these groups have increased disproportionately.

Einsteiger und Wiedereinsteiger als Verlierer des arbeits-, sozialpolitischen und ökonomischen Wandels? Eine Untersuchung zur Veränderung des Armutsrisikos spezifischer Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zwischen 1991 und 2006

I. Einleitung

Seit Beginn der 90er Jahre findet in Deutschland ein von politischen Reformen geleiteter Veränderungsprozess der wohlfahrtsstaatlichen Konfiguration und des Arbeitsmarktes statt. Legitimation erfährt dieser Prozess durch Verweise auf technischen und demographischen Wandel sowie Veränderungen in den globalen Rahmenbedingungen (siehe Rieger/ Leibfried 1997, Hurrell/ Woods 1995, Zürn 1992, Byrne 2003).

Konkrete politische Maßnahmen betreffen zum einen die *Ausgestaltung der Rahmenbedingungen unternehmerischer Beschäftigungspolitik*. Diese ist in Deutschland traditionell starken Regulierungsmechanismen unterworfen (siehe Clasen 2005), wurde in den letzten Jahren allerdings in vielen Punkten flexibilisiert. Wichtige Schritte waren die Reform des Arbeitsförderungsgesetzes im Jahr 1997 sowie das Job-Aktiv-Gesetz aus dem Jahr 2002, durch welche Zumutbarkeitskriterien bei der Aufnahme einer Beschäftigung reduziert und zudem gezielt vom sog. „Normalarbeitsverhältnis“ (siehe Mückenberger 1985) abweichende Beschäftigungsformen gefördert wurden (vgl. Heinelt 2003). Weiteren Raum zur Ausbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse schuf das zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz II“), welches zum 1. April 2003 in Kraft trat und insbesondere die Voraussetzungen zur Realisierung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse („Mini“- und „Midi“-Jobs) gelockert hat (siehe Bäcker 2006, Koch/ Bäcker 2003).

Weitere politische Handlungen, die sich auf den Wandel globaler Rahmenbedingungen beziehen, sind *Einschnitte in das soziale Sicherungssystem*. In Deutschland besteht traditionell, insbesondere für Erwerbstätige, ein hoher Grad an Dekommodifizierung (Esping-Andersen 1990: 50f.). Durch Reformen des Transfer-

systems sind jedoch in den letzten Jahren Lohnersatzleistungen eingeschränkt (und damit das Dekommodifizierungs-Niveau gesenkt) worden. Erwähnt seien in diesem Zusammenhang das Sozialgesetzbuch III (siehe Clasen 2005), welches im Jahr 1996 implementiert wurde, sowie das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“ – Reform) aus dem Jahr 2005 (siehe Becker/ Hauser 2006). Beide Reformpakete zielen darauf ab, die Bedingungen des Bezugs von Lohnersatzleistungen zu verschärfen bzw. den Transferbezug an die Bereitschaft zu koppeln, auch Beschäftigungen unterhalb des Qualifikationsniveaus und jenseits des Normalarbeitsverhältnisses aufzunehmen (vgl. Heinelt 2003, Bispinck/ Schäfer 2005). Somit flankieren Reformen des Transfersystems die beschriebene Umstellung auf eine Arbeitsmarktpolitik, welche Zumutbarkeiten von Erwerbstätigen, insbesondere bei der (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt, restriktiver regelt und verstärkt auf flexible und atypische Beschäftigungsverhältnisse abstellt (vgl. Clasen 2005: 70).

Die meisten der hier skizzierten Maßnahmen und Prozesse zielen, direkt oder indirekt, auf eine Zunahme atypischer Beschäftigungsformen und somit auf eine Ausweitung des Niedriglohnsektors (Kalina/ Weinkopf 2006). Niedrig entlohnte Jobs drohen so ihre traditionelle Rolle als zusätzliche Einkommensquelle von Haushalten (Becker 2002) zu verlieren und treten stattdessen zunehmend als Haupteinkommen auf. Da diese Form von Niedriglohnbezug mit einem hohen Armutsrisiko assoziiert ist (Gießelmann/ Lohmann im Erscheinen), erscheint die Erhöhung der „Working Poor“ - Quote in Deutschland als folgerichtige Vermutung.

Allerdings konnte im Rahmen empirischer Studien (z.B. Fritzsche/ Haisken-DeNew 2004, Strengmann-Kuhn 2003, Gießelmann/ Lohmann im Erscheinen) diese Vermutung nur begrenzt bestätigt werden. Der Grund hierfür liegt an den vielen auf Stuserhalt abzielenden Mechanismen des deutschen Wohlfahrtsstaates (Esping-Andersen 1990), welche die Effekte sozial- und arbeitspolitischen Wandels für etablierte Träger bestimmter beruflicher Positionen weitestgehend abfedern. Die hier zu untersuchende Hypothese ist daher, dass der deutsche Wohlfahrtsstaat zwar vor einem *Abstieg*, jedoch nicht vor einem *Einstieg* in die Prekarität schützt und deshalb insbesondere Berufseinsteiger vom arbeits- und sozialpolitischen Wandel betroffen sind. Dementsprechend sollten sich präkere Formen von Niedriglohnbezug bzw. Armut insbesondere innerhalb jüngster und künftiger Einstiegskohorten ausbreiten.

Neben den Neueinsteigern konstituieren Wiedereinsteiger eine Gruppe, deren Armutsrisiko seit Mitte der 90er Jahre vermutlich überproportional angestiegen ist. Schließlich hat im Zuge der Reformen auch eine Erosion von Schutzmechanismen des Status quo stattgefunden, welcher primär freiwillig oder unfreiwillig Ausgeschiedene aus dem Arbeitsmarkt betrifft.

Zur Überprüfung dieser Hypothesen wird im Rahmen dieser Studie eine Kohorten-Analyse über Veränderungen des Armutsrisikos beim Ein- oder Wiedereinstieg in das Erwerbssystem auf Basis des Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP) durchgeführt. Im folgenden Abschnitt soll aber zunächst genauer geklärt werden, durch welche Prozesse Einsteiger und Wiedereinsteiger, im Zusammenspiel von sozial- und arbeitspolitischen Veränderungen einerseits und stratifizierenden Mechanismen des Wohlfahrtsstaates andererseits, als ökonomische Verlierer des Wandels akzentuiert werden.

II. Auswirkungen des Wandels auf etablierte Erwerbstätige und (Wieder-) Einsteiger in den Arbeitsmarkt

In der Literatur zur Typologie von Wohlfahrtsstaaten wird Deutschland in der Regel zur Gruppe der Länder gezählt, welche einen hohen Grad an Stratifizierung aufweisen und zudem viele auf Statusbehalt abzielende Mechanismen enthalten (Esping-Andersen 1990: 55ff.). Die grundlegende Konfiguration der Rahmenbedingungen in Deutschland akzentuiert und reproduziert demnach Differenzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. In diesem Zusammenhang ist die *Lohnarbeitszentrierung* des deutschen Sicherungssystems von elementarer Bedeutung (vgl. Ullrich 2005: 50ff.), d.h. Absicherung gegen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Armut und Statusverlust im Allgemeinen wird über Lohnarbeit erworben (vgl. Kaufmann 2003: 281ff.).

Etablierte Erwerbstätige sind daher vor den Auswirkungen der Eingangs skizzierten Reformprozesse geschützt und haben keine tiefgreifenden Beeinträchtigungen der materiellen Lebensbedingungen (bzw. eine Vergrößerung ihres Armutsrisikos)

hinzunehmen. So weisen Fritzsche/ Haisken-DeNew (2004) zwar einen Anstieg von Armut in Erwerbstätigenhaushalten zwischen 1999 (6%) und 2002 (über 8%) aus, berücksichtigt man allerdings die Eckpunkte ihres Untersuchungszeitraums (1992-2002), lässt sich ein Anstieg nur schwerlich feststellen. Gleiches gilt für die Studie von Strengmann-Kuhn (2003), in der über verschiedene Datensätze ein relativ stabiler Verlauf der Armutsquote Erwerbstätiger zwischen 1991 und 1998 ausgewiesen wird. In der Studie von Gießelmann/ Lohmann (im Erscheinen), welche auch jüngere empirische Entwicklungen bis zum Jahr 2004 berücksichtigt, konnte eine, wenn auch sehr geringe, Zunahme des Armutsrisikos Erwerbstätiger im Zeitverlauf festgestellt werden.

Diese Ergebnisse täuschen allerdings eine Robustheit der erwerbstätigen Bevölkerung gegenüber Reformimpulsen und ökonomischem Wandel vor, da Erhöhungen der Armutsquoten spezifischer Gruppen innerhalb der Grundgesamtheit aller Erwerbstätiger verdeckt werden. So sind vermutlich insbesondere Einsteiger und Wiedereinsteiger in den Arbeitsmarkt einem sich im Zeitverlauf verschärfenden „Working Poor“ - Risiko ausgesetzt. Studien, welche diese Vermutung stützen, wurden von Blossfeld/ Mills (2003) Bispinck/Schäfer (2005) sowie Gangl (2003) vorgelegt. Mills/ Blossfeld zeigen, dass der Anteil an Berufseinsteigern in unsicheren Arbeitsmarktpositionen¹ zwischen 1984 und 1998 signifikant angestiegen ist. Bispinck/ Schäfer (2005) weisen nach, dass das Niedriglohnrisiko von Personen unter 25 Jahren zwischen 1980 und 1997 überproportional angestiegen ist. Gangl (2003) untersucht die Veränderung der Arbeitslosenquote unter Berufseinsteigern und stellt fest, dass diese zwischen 1990 und 1997 nahezu kontinuierlich von 6% auf 14% gestiegen ist².

Im Folgenden soll die Vermutung zur Selektivität der Auswirkungen sozial- und arbeitspolitischen Wandels (und somit eines überproportionalen Wachstums der Armutsrisiken von Einsteigern und Wiedereinsteigern) theoretisch begründet werden.

¹ Zur Bestimmung des Ausmaßes an Unsicherheit einer Arbeitsmarktposition wurde dabei das Einkommen, die Beschäftigungsklasse, Pensionsansprüche sowie der Grad an Übereinstimmung zwischen Ausbildungs- und Anforderungsniveau herangezogen.

² Auch wenn der Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Armutsquote Erwerbstätiger mehrdeutig ist, kann der überproportionale Anstieg als Zeichen dafür gedeutet werden, dass sich die Arbeitsmarktsituation für Einsteiger in Bezug auf die Gruppe aller Erwerbstätigen im Zeitverlauf verschlechtert hat.

Dazu werden die wichtigsten stratifizierenden (bzw. auf Statusbehalt abzielenden) Mechanismen des deutschen Wohlfahrtsstaates skizziert, nämlich erstens *die Mitgliederorientierung gewerkschaftlichen Handelns*, zweitens *Regelungen zum Kündigungsschutz* und drittens *die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme*.

Gewerkschaftliche Führungskräfte sind durch das Wahlprinzip, auf dem die Ausübung ihrer Funktion beruht, an Mitgliederpräferenzen gebunden (vgl. Sesselmeier/Blauermel 1997). Da sich die Mitgliedschaft vorwiegend aus etablierten Erwerbstätigen zusammensetzt, handeln Gewerkschaften dementsprechend eher im Sinne der „Insider“ als der „Outsider“ (vgl. Keller 1999). Als verlängerter Arm der beschäftigten Arbeitnehmer verlagern Gewerkschaften daher durch ihre spezifischen Druckmittel den Fluss betrieblicher Ressourcen des Personaletats auf die Besitzer von Arbeitsplätzen. Potentielle Einsteiger und Wiedereinsteiger können dem den „Insidern“ im Zusammenhang mit ihrer gewerkschaftlichen Organisation zur Verfügung stehenden Macht- und Verhandlungsinstrument kein Gewicht entgegensetzen. Dementsprechend kann beobachtet werden, dass ein besonders großer, von Politikern, Presse und insbesondere Gewerkschaften getragener Protest immer dann durch das Land geht, wenn bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern in ihren Privilegien - beispielsweise durch Ausgliederung in sog. Service Center, Arbeitszeitverkürzung etc. - beschnitten werden sollen. Einsteiger dagegen haben keine Lobby, die ihre Forderung nach abgesicherten, geregelten Beschäftigungsverhältnissen vermittelt und akzentuiert.

Selbst unter der Annahme, dass Personen an der Schwelle zwischen Ausbildung und Beruf gewerkschaftlich organisiert sind, kann davon ausgegangen werden, dass ihre Interessen unterproportional zu ihrem personenmäßigen Gewicht vertreten werden. So sagen Untersuchungen der Rolle gewerkschaftlicher Führungskräfte (unter Berücksichtigung einer Rationalität, welche auf die Maximierung der Chancen einer Wiederwahl abzielt) eine Orientierung gewerkschaftlichen Handelns am Mitglied mit mittlerer Seniorität voraus (Oswald 1995, Bernholz/ Breyer 1994).

Angehörige der Kernbelegschaft (bzw. die „Insider“) sind also durch gewerkschaftliches Handeln vor den Folgen arbeitspolitischer Reformen, die beispielsweise die Einrichtung atypischer Beschäftigungsverhältnisse erleichtern, in großem Maße

geschützt. Dieses Handeln geht teilweise zu Lasten der Ein- und Wiedereinsteiger, deren gewerkschaftliche Absicherung wesentlich schwächer ausgebildet ist. Der Sachverständigenrat (2002: 259) konstatiert dementsprechend, dass im Jahre 2001 einerseits Besitzer von Arbeitsplätzen vielfach in den Genuss von Lohnerhöhungen durch Tarifabschlüsse kamen, gleichzeitig aber Einstiege in Normalarbeitsverhältnisse erschwert wurden. Auch Blossfeld/ Mills (2003) betonen, dass sich aufgrund des nach wie vor hohen Niveaus an Zentralität des Lohnverhandlungssystems atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf Personen, die einen Zugang zum Arbeitsmarkt suchen, konzentrieren. Empirische Evidenz für einseitiges, auf Insider fokussiertes tarifpolitisches Handeln der Gewerkschaften bieten z.B. die zentralen Lohnverhandlungen in der Chemieindustrie, in deren Rahmen seit einigen Runden niedrige, außertarifliche Entlohnungen bei Erst- und Wiedereinstellungen vereinbart worden sind (vgl. Bispinck 2008).

Ein zweites wichtiges stratifizierendes Element des Arbeitsmarktes in Deutschland sind *Regelungen zum Kündigungsschutz*. Viele Arbeitnehmer in Deutschland erwerben mit einer fortdauernden Betriebszugehörigkeit zunehmende Immunität gegenüber Entlassungen und graduell dem Statusverlust. Zugespitzt und institutionalisiert ist die Eigenschaft in der Rolle des Beamten, der, nach einer Probezeit, in der Regel per Gesetz so fest in seinem mit vielen Privilegien ausgestatteten Status verankert ist (vgl. Kaufmann 2003: 282f, Müller/ Gangl 2003), dass eine Reduzierung dieser Privilegien praktisch nicht möglich ist. Arbeitspolitischer Wandel kann sich also in vielen Fällen kaum gegenüber an Seniorität gekoppelte Schutzbestimmungen durchsetzen. Die Option, Arbeitsverträge den gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, besteht in der Regel ausschließlich zum Zeitpunkt ihrer Ausgestaltung, kann also nur bei Einsteigern und Wiedereinsteigern realisiert werden.

Drittens trägt die *Konfiguration des Versicherungssystem* zur Benachteiligung jüngerer Einstiegs- und Wiedereinstiegskohorten bei. In Deutschland wird soziale Absicherung über eine öffentliche Zwangsversicherung vermittelt (obgleich bestimmte Personengruppen, wie beispielsweise Selbständige, davon ausgeschlossen sind). Dabei dominiert das Prinzip der Äquivalenz von Betrag und Ertrag (siehe Kaufmann 2003: 281ff.). Dieses Prinzip wird beispielsweise im Rentensystem

angewendet, bezieht sich aber auch, in einer stark vereinfachten Form, auf Arbeitslosigkeit. Das Ereignis „Arbeitslosigkeit“ ist daher für Einsteiger und etablierte Erwerbstätige mit unterschiedlichen Konsequenzen assoziiert: Etablierte Erwerbstätige können es sich, aufgrund des hohen Niveaus an Lohnersatzleistungen, eher erlauben, Phasen der Erwerbslosigkeit zu Überbrücken. Einsteiger in den Arbeitsmarkt sind bei drohender Arbeitslosigkeit dagegen in der Regel dazu gezwungen, auf atypische Beschäftigungsformen und damit in prekäre Niedriglohnverhältnisse auszuweichen.

Durch die „Hartz IV“ - Reform hat sich allerdings das Dekommodifizierungsniveau der Erwerbstätigen dem der Einsteiger angenähert (wenn auch nicht angeglichen). So wurde die Leistungshöhe partiell von der Höhe des früheren Erwerbseinkommens abgekoppelt und orientiert sich nun stärker am Bedarf zur Grundsicherung (siehe Heinelt 2003). Die ökonomischen Verlierer dieser Reform sind daher insbesondere Arbeitslose, die vormals ein hohes Einkommen hatten, ältere Arbeitslose sowie Erwerbstätige mit einer arbeitslosen Person im Haushalt (Becker/ Hauser 2006). Durch diesen Prozess, der die letzte Phase des Untersuchungszeitraums streift, steigt daher vermutlich insbesondere das Prekaritätsrisiko von Wiedereinsteigern, während die Nachteile von Einsteigern gegenüber den „Insidern“ tendenziell eher abgedefert werden.

Die Auswirkungen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Wandels auf individuelle Lebenslagen hängt, neben den skizzierten, auf institutioneller Ebene angesiedelten Mechanismen, auch davon ab, wie die legislativen Veränderungen auf unternehmerischer Ebene verarbeitet werden. Unter der Voraussetzung, dass sich ökonomische Rahmenbedingungen durch globalen Wandel negativ verändert haben, sind insbesondere Wechselwirkungen zwischen veränderten Präferenzen von Unternehmen einerseits und institutionellen Schutzmechanismen andererseits zu berücksichtigen.

Da Ergebnisse auf dem internationalen Markt stärker durch externe, unvorhersehbare Ereignisse beeinflusst werden als in einem nationalen Reservat, ist im Zeitalter der Globalisierung die Bewertung von Entscheidungsalternativen erschwert, zudem müssen solche Entscheidungen unter extremer Unsicherheit getroffen

werden (vgl. Blossfeld/ Mills 2003). Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der durch Reformen erweiterte Rahmen bei der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen im Zeitalter der Globalisierung voll genutzt wird (vgl. Hoffmann/ Walwei 1998). Davon werden in erste Linie diejenigen Personen betroffen sein, deren Status noch nicht durch Seniorität und Interessenbündelung abgesichert ist. Es erscheint daher plausibel, dass sich zunehmende Unsicherheit bei der unternehmerischen Entscheidungsfindung insbesondere negativ auf Einstellungsentscheidungen auswirkt bzw. dass seitens der Betriebe Versuche unternommen werden, Unsicherheit durch Befristungen, geringe Stundenanzahlen und Auslagerung bei Neueinstellungen zu minimieren (vgl. Blossfeld/ Mills 2003, Müller/ Gangl 2003). Die skizzierten Effekte sozial- und arbeitspolitischen Wandels auf individuelle materielle Lebensbedingungen, insbesondere von Neu- und Wiedereinsteigern, werden somit in komplexen bzw. internationalisierten betrieblichen Umwelten verstärkt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bei Personen, die seit längerer Zeit im Rahmen eines Normalarbeitsverhältnisses angestellt sind, eine hohe Resistenz gegenüber arbeits-, sozialpolitischem und ökonomischem Wandel besteht. Reformen des Transfersystems und Maßnahmen zur Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse dringen aufgrund des gewerkschaftlichen Einflusses, umfassender Regelungen zum Kündigungsschutz und gegen Statusverlust sowie des hohen Niveaus an Lohnersatzleistungen zu großen Teilen der Bevölkerung nicht vor. Junge Personen, die sich am Übergang zwischen Ausbildungs- und Erwerbssystem befinden, sind dagegen nicht durch das Senioritätsprinzip, Lobbies und kumulierte soziale Ansprüche vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung bzw. des sozial- und arbeitsmarktpolitischen Wandels geschützt. Dementsprechend kann, analog zu Gangl (2003), festgestellt werden, dass Verschärfungen der Arbeitsmarktsituation insbesondere Einsteiger betreffen und dass, insbesondere mit Blick auf die „Hartz“-Reformen, ähnliches wahrscheinlich auch für Wiedereinsteiger gilt. An der Schnittstelle zwischen Ausbildung und Beruf bzw. zwischen Nichterwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit sollten also sozialpolitische Maßnahmen und ökonomischer Wandel besonders deutlich sichtbar werden.

Im nächsten Abschnitt werden die theoretischen Überlegungen aus diesem Kapitel kurz zusammengefasst und die auf ihrer Grundlage entwickelten Hypothesen vorgestellt.

III. Hypothesen

Aufgrund des Wandels arbeits-, sozialpolitischer und globaler Rahmenbedingungen kommt es in Deutschland zu einer Ausbreitung atypischer Beschäftigungsformen unter Hauptverdienern. Solche Beschäftigungen sind mit einem hohen Armutsrisiko assoziiert. Allerdings ist ein Großteil der Beschäftigten, nämlich etablierte Erwerbstätige, vor dem Absinken ihres Beschäftigtenstatus relativ gut geschützt, denn Wandel- und Reformimpulse stehen in Deutschland in starker Konkurrenz zu institutionellen Regelungen, die auf Statuserhalt abzielen.

Bei Übergängen ins Erwerbssystem bietet sich daher am ehesten die Möglichkeit, Flexibilität zu implementieren. Zudem zielen viele Reformvorhaben explizit auf die Gruppe der Arbeitssuchenden ab. Folglich sind insbesondere Berufseinsteiger, die nicht durch vorgelagerte Erwerbstätigkeit Ansprüche erworben und außerdem keine Lobby besitzen, vom Wandel globaler Rahmenbedingungen und arbeits- bzw. sozialpolitischen Reformen betroffen.

Der Höhepunkt der Reformaktivität fällt in den Zeitraum ab 1996. Auswirkungen auf die Lebensbedingungen sollten also insbesondere ab diesem Zeitpunkt messbar sein. *Das Armutsrisiko von Neueinsteigern in den Arbeitsmarkt hat sich daher vermutlich zwischen 1991 und 2006, insbesondere aber ab 1996, überproportional in Relation zu allen Erwerbstätigen vergrößert (H1).*

Wiedereinsteiger in den Arbeitsmarkt konstituieren eine weitere Gruppe, die vom sozial- und arbeitspolitischen Wandel besonders stark betroffen ist. Dieses ist wiederum einerseits auf die vielen explizit aktivierenden Maßnahmen zurückzuführen und liegt andererseits in den für diese Gruppe schwach ausgeprägten, dazu während des Untersuchungszeitraums noch erodierenden institutionellen Schutzmechanismen begründet. Aktivierende Maßnahmen, die auf eine status- und qualifikations-

inadäquate Reintegration in den Arbeitsmarkt abzielen, sind ab 1996 implementiert worden. Als besonders gravierend sind dabei Reformen in den Jahren 2003 („Hartz II“) und 2005 („Hartz IV“) zu beurteilen. *Das Armutsrisiko für Wiedereinsteiger in den Arbeitsmarkt hat sich daher vermutlich seit 1991, insbesondere aber ab 2003, überproportional in Relation zu allen Erwerbstätigen vergrößert (H2).*

IV. Daten und Methoden

In der empirischen Analyse soll, den Hypothesen entsprechend, der Zusammenhang zwischen Armut und (Wieder-) Einstiegen im Zeitverlauf untersucht werden. Zudem sollen die dargelegten Begründungen für die vermuteten Entwicklungen auf empirische Konsistenz überprüft und denkbare Alternativerklärungen ausgeschlossen werden. Zunächst werden allerdings die verwendete Datenbasis sowie Operationalisierungen der abhängigen und unabhängigen Merkmale beschrieben. Da die Konzepte von Einstieg und Wiedereinstieg komplex sind und ihre valide Umsetzung die Verknüpfung mehrerer, zu verschiedenen Zeitpunkten gewonnener Informationen erfordert, ist dieser Abschnitt relativ umfangreich gehalten. Dieses ist auch deshalb notwendig, da sich Variationen in der Definition und der Operationalisierung der analysierten Übergänge auf die Qualität und Aussagekraft der Studie drastisch auswirken.

1. Stichprobe

Grundlage der empirischen Analyse ist das Sozio-Oekonomische Panel (SOEP). Obgleich die Operationalisierung der Konzepte auf personenspezifischen Längsschnittinformationen beruht, werden in den empirischen Analysen die Befragungswellen 1991 bis 2006 als Serie von Querschnittserhebungen behandelt. Um die gleichermaßen erhebungstechnisch bedingte als auch durch spezielle Forschungsinteressen motivierte Über- bzw. Unterrepräsentation bestimmter soziodemographischer Gruppen zu korrigieren, werden in sämtlichen Analysen die von der SOEP-Forschungsgruppe bereitgestellten Querschnittsgewichte (vgl. Pischner 2007) verwendet. Die Population besteht aus Erwerbstätigen in privaten Haushalten.

Die Größe der Stichprobe variiert erhebungsbedingt zwischen 6.923 (1997) und 12.253 (2000) Personen. Insgesamt liegen 138.055 Beobachtungen (davon 101.890 in West- und 36.165 in Ostdeutschland) vor, die sich auf 24.232 mehrfach befragte Personen verteilen.

2. Operationalisierung

Armut wird auf der Basis des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens gemessen³. Um Unterschiede im Bedarf von Haushalten zu berücksichtigen, wird jedem Haushalt ein Gewicht, entsprechend seiner Größe und Zusammensetzung, auf der Grundlage der modifizierten OECD-Äquivalenzskala zugewiesen. Unter der Annahme, dass der Quotient aus Haushaltseinkommen und -Gewicht, das *äquivalenzskalierte Haushaltsnettoeinkommen*, ein valider Indikator des materiellen Wohlstandes eines Haushaltes ist, wird es in allen Analysen zur Berechnung und Bestimmung von Armut verwendet. Als "arm" gelten Personen in Haushalten mit einem äquivalenzskalierten Einkommen, welches weniger als 60 Prozent des arithmetischen Mittels der Verteilung (berechnet für Gesamtdeutschland) beträgt. Obgleich sich in der international vergleichenden Armutsforschung der Median als Bezugspunkt der Armutsmessung etabliert hat (vgl. Andreß/ Lohmann (Hrsg.) im Erscheinen), wird hier ein Maß verwendet, welches sich am Durchschnittswert der Einkommen orientiert. Die so bestimmte Grenze liegt aufgrund der Linksschiefe der Einkommensverteilung relativ hoch, entsprechend wird ihr unterschreiten in der Literatur häufig als „milde Armut“ (siehe Hauser et al. 1981, Ludwig-Mayerhofer 1992) bezeichnet. Die Entscheidung für diese Messart beruht auf der Erwägung, dass fallzahlenbedingte statistische Probleme (innerhalb der Gruppe von Einsteigern und Wiedereinsteigern) mit zunehmender Ungleichverteilung der abhängigen Variablen gravierender werden⁴.

³ Im SOEP wird diese Information über die so genannte "Einkommens-Screener" – Frage erhoben: "Wenn man alle Einkünfte zusammennimmt: Wie hoch ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder heute? Bitte geben Sie den monatlichen Netto-Betrag an, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Regelmäßige Zahlungen wie Renten, Wohngeld, Kindergeld, BAföG, Unterhaltszahlungen usw. rechnen Sie bitte dazu! Falls nicht genau bekannt: Bitte schätzen Sie den monatlichen Betrag."

⁴ Es sei in diesem Zusammenhang allerdings darauf hingewiesen, dass insbesondere die Ergebnisse der Regressionsmodelle, welche die Fälle jeweils mehrerer Jahre zusammenfassen, robust gegen die Verwendung verschiedener, auf der Einkommensverteilung basierender Armutskonzepte sind.

Als „Erwerbstätig“ gelten Personen zwischen 17 und 64 Jahren, die mindestens eine Stunde pro Woche arbeiten. Allerdings werden Zivil- und Wehrdienstleistende grundsätzlich, sowie Schüler, Auszubildende⁵ und Studenten, die jünger als 28 Jahre alt sind, ausgeschlossen. Diese Grenzsetzung orientiert sich an sozialpolitischen Konventionen: Die Zuteilung spezifischer finanzieller Zuwendungen, wie beispielsweise Bafög und Kindergeld, erfolgt in der Regel nur beim Unterschreiten dieser Altersgrenze. Ein erwerbstätiger Student, der älter als 27 Jahre ist, verliert daher, zumindest partiell, die gesellschaftliche Anerkennung als Student und wird dementsprechend als Erwerbstätiger klassifiziert⁶. Um die Definitionen von Berufstätigkeit und Berufseinstieg konsistent zu halten, ist die Abgrenzung von Ausbildungs- und Erwerbstätigkeit von besonderer Bedeutung: Personen, die nur übergangsweise, zur Überbrückung zweier Ausbildungsphasen, arbeiten, gelten daher als *nicht erwerbstätig*, selbst wenn die formalen Kriterien zum Zeitpunkt der Messung erfüllt sind (vgl. Konietzka 1998). Dauert die Übergangsphase indes länger als 2 Jahre an, wird die anschließende Ausbildungsphase als Unterbrechung einer bereits begonnenen Erwerbskarriere eingeordnet.

Entsprechend der zu überprüfenden Hypothesen sind Übergänge in die oben definierte Erwerbstätigkeit (aus dem (Aus-) Bildungssystem bzw. aus der Nichterwerbstätigkeit) die wichtigsten unabhängigen Faktoren in den Analysen. Als „Einsteiger“ zu einem Beobachtungszeitpunkt t gelten erwerbstätige Personen, die ihren ersten Job innerhalb der letzten 3 Jahre vor der Befragung aufgenommen haben, also während des Intervalls $[t-3, t]$ vom Ausbildungs- oder (Hoch)Schulsystem in das Erwerbssystem übergegangen sind. Die Länge der Periode, die hierbei als Einstiegsphase definiert wird, trägt dem stufenhaften Charakter des Eintritts in die Erwerbstätigkeit Rechnung (vgl. Scherer 2001, Gangl 2003). Bereits in der Variable zur Erwerbstätigkeit ist die Entscheidung angelegt, die Ausbildungszeit nicht zur Einstiegsphase zu zählen. Das Ausbildungssystem zeichnet sich durch eine starke Anbindung an staatliche Institutionen aus und konstituiert somit einen eigen-

⁵ Umschüler und Personen in beruflichen Weiter- oder Fortbildungsmaßnahmen gelten allerdings nicht als Auszubildende.

⁶ „Erwerbstätigkeit“ ist in dieser Arbeit somit verhältnismäßig eng definiert und auf Personen, deren außerfamiliäre Rolle primär die des Erwerbstätigen ist, beschränkt. Veränderungen im Ausmaß von Nebenerwerbstätigkeit, beispielsweise von Studenten, sind zwar durchaus ernstzunehmende Folgen aktuellen sozial- und bildungspolitischen Handelns, die in dieser Studie adressierten Zusammenhänge sollen allerdings isoliert von Entwicklungen, die eher auf Veränderungen des Bildungssystems denn des Arbeitsmarktes beruhen, untersucht werden.

ständigen, von vielen Prozessen auf dem Arbeitsmarkt abgeschirmten Bereich (vgl. Scherer 2001). Als Einstieg in den Arbeitsmarkt wird daher der Übergang in die erste Erwerbstätigkeit nach der Ausbildung und ggf. vorhandener Überbrückungsphasen (s. oben) betrachtet. Diese Konzeptionalisierung erscheint auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Bewertungen von niedrigen, nicht den Lebensunterhalt tragende Einkommen sinnvoll. Die Tatsache, dass die (z.T. staatlich geregelten) Erwerbseinkommen in den meisten Ausbildungsberufen weit unter dem sozio-kulturellen Existenzminimum liegen, deutet darauf hin, dass geringe Einkommen innerhalb der Ausbildungsphase in wesentlich stärkerem Ausmaß sozial akzeptiert (bzw. als gerechtfertigt angesehen) werden, als dies bei Erwerbstätigen nach der Ausbildungsphase der Fall ist⁷.

Operationalisiert wird die Einstiegsinformation auf Grundlage eines Itemkomplexes, welcher berufliche Veränderungen zwischen der jeweils aktuellen und der unmittelbar vorgelagerten Befragungswelle misst. Innerhalb dieses Komplexes wird eine mögliche erstmalige Erwerbstätigkeit explizit abgefragt. Allerdings ist der genaue Zeitpunkt einer biographischen Veränderung in der Erinnerung der Befragten häufig verzerrt. Dementsprechend neigen Befragte dazu, ein singuläres Ereignis in aufeinander folgenden Wellen mehrfach zu berichten. Um solche Doppelnennungen auszuschließen, wird zur Identifikation des Einstiegszeitpunktes eine im Datensatz bereitgestellte generierte Variable verwendet, die zusätzlich zum zeitpunkt-spezifischen Beantwortungsschema Längsschnittinformationen berücksichtigt und entsprechend korrigierte (bzw. konsistente) Informationen zur Erwerbsbiographie enthält. Sind zum demgemäß identifizierten Einstiegszeitpunkt die Kriterien von Erwerbstätigkeit nicht erfüllt (weil die Person sich z.B. weiterhin in der Ausbildungsphase oder im Übergang zwischen zwei Ausbildungsphasen befindet⁸) wird der

⁷ Trotzdem bleibt die Entscheidung, die Ausbildungsphase nicht der Einstiegsphase zuzurechnen, diskussionswürdig. Schließlich wird die Prekarisierung der beruflichen Situation von Einsteigern möglicherweise (auch) durch ein verändertes Ausbildungsverhalten vermittelt. Denkbar ist die zunehmende Tendenz zur Zweitausbildung oder zur zusätzlichen Ausbildung nach dem Hochschulabschluss aufgrund eines Mangels an adäquaten, den materiellen Lebensstandard sichernden Arbeitsmöglichkeiten. Die Entscheidung, auf die Abbildung solcher Prozesse zu verzichten, ist somit Ausdruck konservativen Vorgehens, welches tendenziell zur Bestätigung der (Null-)Hypothese keiner Effekte neigt, um Alternativerklärungen für gefundene Zusammenhänge möglichst umfassend auszuschließen.

⁸ Beide Fälle treten sehr häufig auf, da der Beginn der Ausbildung von vielen Untersuchungspersonen als Einstieg in die Erwerbstätigkeit wahrgenommen wird. So befinden sich beispielsweise von den 190 Personen, die im Jahr 2003 einen Berufseinstieg berichten, 51 zum Befragungszeitpunkt in der Ausbildung und 11 weitere nehmen im folgenden Jahr eine Ausbildung auf, befinden sich in 2003 also mutmaßlich in einem Überbrückungsjahr. Legte man also, unter Verzicht auf Verlagerungen,

Beginn der 3-jährigen Einstiegszeit auf den ersten beobachtbaren Zeitpunkt verschoben, an dem Erwerbstätigkeit, wie oben definiert, vorliegt.

Auf der Grundlage der bisher präsentierten Operationalisierung können Personen, bei denen der Berufseinstiegspunkt außerhalb des individuellen Beobachtungsfensters liegt, nicht als Einsteiger identifiziert werden. In solchen Fällen beruht die Bestimmung des Einstiegszeitpunktes auf der retrospektiv erhobenen Information zum Alter bei der ersten Berufstätigkeit. Diese Information, die üblicherweise im Rahmen des Biografieinterviews der ersten Befragung einer Person erhoben wird, beruht auf einer Erinnerungsleistung der Untersuchungsperson und ist daher weniger zuverlässig (und somit anfälliger für Verzerrungen) als die unmittelbar gewonnene Information über den Berufseinstieg. Allerdings ist bei Berufseinsteigern die Zeitspanne zwischen abgefragtem Ereignis und Erhebungszeitpunkt relativ klein, nämlich höchstens 3 Jahre. Mögliche Verzerrungen werden daher als geringfügig eingeschätzt und dem konfligierenden Ziel eines optimalen Ausschöpfens der in der Stichprobe vorhandenen Information untergeordnet. Insgesamt können 8227 Beobachtungen innerhalb der (gepoolten) Stichprobe ermittelt werden, welche nach der dargelegten Definition als Berufseinsteiger gekennzeichnet sind. Dabei variiert die Anzahl auf Jahresbasis zwischen 423 (1995) und 688 (2000).

Als Wiedereinsteiger gelten Personen, die sich in einer Erwerbsphase befinden, der eine Phase der (freiwilligen oder unfreiwilligen) Nichterwerbstätigkeit vorausging. Dabei wird sowohl das erste als auch das zweite Jahr nach dem Wiedereinstiegspunkt zur Wiedereinstiegsphase gezählt, um mögliche kurzfristige berufliche Aufstiegsprozesse mit zu erfassen. Ausgeschlossen aus der Gruppe der Wiedereinsteiger sind dabei Personen, bei denen die vorgelagerte Phase der Nichterwerbstätigkeit in der Inanspruchnahme von Mutterschaftsurlaub (oder Elternzeit) begründet liegt, da diese Unterbrechung aufgrund institutionell verankerter Schutzmechanismen keinen tiefgreifenden Einschnitt in die Erwerbskarriere darstellt (sofern sie im Anschluss unmittelbar fortgesetzt wird). Ebenfalls ausgeschlossen sind Personen, die sich in der ersten, an das Bildungssystem anschließenden, Phase der Erwerbsbiographie befinden.

ausschließlich die unkorrigierte Information zugrunde, würde der Einstieg von fast einem Drittel der Personen nicht valide bzw. konzeptgetreu festgelegt werden.

Die Bestimmung der Wiedereinsteiger in der Stichprobe basiert im Wesentlichen auf Verlaufsdaten zur Erwerbsbiographie, die in jeder Welle retrospektiv und auf Monatsbasis für das vorhergehende Jahr erhoben werden. Ist ein Befragter zum Erhebungszeitpunkt t erwerbstätig und berichtet in den Verlaufsitems zum Vorjahr, mindestens einmal ohne Erwerbstätigkeit (d.h. arbeitslos oder Hausmann/frau) gewesen zu sein, gilt er zu den Zeitpunkten t und $t+1$ als Wiedereinsteiger. Um Personen auszuschließen, die sich zwar als arbeitslos bezeichnen, aber trotzdem nach den in dieser Studie angelegten Kriterien erwerbstätig sind, wird zusätzlich über die Variable zur Jobmobilität überprüft, ob in dem betreffenden Jahr ein Wechsel des Erwerbsstatus stattgefunden hat. Insgesamt können 10.789 Beobachtungen innerhalb der (gepoolten) Stichprobe ermittelt werden, welche als Wiedereinsteiger gekennzeichnet sind. Dabei variiert die Anzahl zwischen 316 (1991) und 893 (2001) pro Jahr.

Ein weiterer bedeutender erklärender Faktor ist die Zeit. In den deskriptiven Analysen werden für jedes Jahr gesonderte Quoten ausgewiesen. Die Spezifikation des Trends in den multivariaten Analysen beruht allerdings nicht auf einzelnen Jahren, sondern 4 Phasen, die jeweils 4 Jahre umfassen: Einerseits ist die Annahme einer linearen Entwicklung der Risiken (in Anbetracht des stufenhaften Charakters sozialen und arbeitspolitischen Wandels) sehr unrealistisch, andererseits würde die Verwendung von Dummy-Variablen für einzelne Jahre zu sehr unübersichtlichen Ergebnissen führen. Die Zusammenfassung der Beobachtungen jeweils mehrerer Zeitpunkte ist zudem aufgrund der relativ geringen Anzahl an Einsteigern und Wiedereinsteigern pro Jahr und des ungleich verteilten abhängigen Merkmals sinnvoll.

Neben den Variablen, welche die zentralen Begriffe der Hypothesen abbilden, werden in die Analysen verschiedene Kontrollvariablen integriert, um Alternativ-erklärungen für überproportionale Veränderungen des Armutsrisikos bestimmter Gruppen auszuschließen. Eine Zunahme des Armutsrisikos von Berufseinsteigern erklärt sich möglicherweise durch Veränderungen in ihrer (Aus-) Bildungsstruktur. Ein Rückgang an Hochschulabsolventen, wie er von Müller/ Pollak (2004) für männliche Bildungsabsolventen ausgewiesen wurde, hätte beispielsweise eine Vergrößerung des Anteils niedriger qualifizierter und damit gefährdeter Einsteiger zur Folge. Um

solche Prozesse von der Entwicklung der Armutsrisiken zu isolieren, wird eine Bildungsvariable auf Basis der Casmin-Skala (siehe Lechert et al. 2006) verwendet.

Denkbar ist zudem, dass sich im Laufe des Untersuchungszeitraums prekäre, d.h. mit einem hohen Armutsrisiko assoziierte Lebens- und Familienformen insbesondere unter jungen Erwachsenen (und somit auch Einsteigern) ausgebreitet haben. So befinden sich, wie mehrfach belegt wurde, unter alleinerziehenden Personen ausgesprochen viele Arme (Becker 2002, Fritzsche/ Haisken De-New 2004, Hanesch et al. 2000). Eine Vergrößerung dieser Gruppe hätte daher zwangsläufig die erhöhte Inzidenz von Armut unter Berufseinsteigern zur Folge. Um die Lebensform zu kontrollieren, wird eine Variable integriert, welche unterschiedliche Partner- und Kinderkonstellationen im Haushalt erfasst.

Verschiedene Branchen werden auf der Basis der Nace-Skala (siehe Statistisches Bundesamt 2003) in Produktionsgewinnung, Produktionsverarbeitung und Dienstleistung unterteilt. Prozesse der Tertiarisierung, welche Ein- und Wiedereinsteiger möglicherweise verstärkt betreffen und deswegen auch mit einem ansteigenden Armutsrisiko assoziieren, können auf Grundlage dieser Variable kontrolliert werden. Bei solchen Prozessen handelt es sich zwar auch um Effekte des Arbeitsmarktes auf individuelle Lebensbedingungen, allerdings bilden sie nicht arbeits- oder sozialpolitischen Wandel ab und sollen deswegen von den hypothesenrelevanten Haupteffekten isoliert werden.

Zur Plausibilisierung der gebotenen Erklärungen für einen überproportional ansteigenden Anteil an Armen unter den Einsteigern und Wiedereinsteigern wird zudem die Entwicklung von Niedriglohnquoten herangezogen. Sind steigende Armutsquoten tatsächlich maßgeblich durch sozial- und insbesondere arbeitspolitischen Wandel verursacht, so sollte der Verlauf von Armutsquoten zumindest näherungsweise durch Veränderungen entsprechender Niedriglohnquoten reflektiert werden. Ein Niedriglöhner ist in dieser Arbeit definiert als Erwerbstätiger, der weniger als zwei Drittel des gesamtdeutschen Medians der monatlichen Nettoerwerbseinkommen verdient. Variationen in der Arbeitszeit (und somit Reformprozesse, die auf Reduzierungen der

Arbeitszeit abzielen) werden bei dieser Konzeptionalisierung berücksichtigt, was bei einer auf Stundenlöhnen basierenden Messung nicht der Fall ist⁹.

3. Analysestrategie

Im Rahmen der deskriptiven Abschnitte des Ergebnisteils werden zunächst die Armutsquoten im Zeitverlauf für die fokussierten Gruppen (Einsteiger, Wiedereinsteiger, sonstige Erwerbstätige) ausgewiesen und anschließend Veränderungen des Niedriglohnrisikos von Einsteigern und Wiedereinsteigern berichtet. Die formalstatistische Absicherung der Hypothesen und Kontrolle der Effekte möglicher Störvariablen erfolgt im Rahmen einer logistischen Regressionsschätzung der Determinanten des Armutsrisikos. Unterschiedliche Verläufe des Armutsrisikos zwischen Einsteigern, Wiedereinsteigern und sonstigen Erwerbstätigen werden durch die Integration entsprechender Interaktionsvariablen spezifiziert. Auf diese Weise können gruppenspezifische Unterschiede im Trendeffekt unmittelbar auf Signifikanz getestet werden. Grundlage der ausgewiesenen Werte ist eine transformierte Version der ursprünglichen Schätzgleichung, deren Parameter sich als multiplikative Veränderung der Chancen („Odds“) interpretieren lassen (vgl. Pampel 2000). Wegen der wiederholten Befragungen von Untersuchungseinheiten im Rahmen des Panels und der damit verbundenen statistischen Probleme werden zur Korrektur der Teststatistiken robuste Standardfehler (siehe Wooldridge 2002: 54ff.) verwendet¹⁰. Auf die (vollständige oder teilweise) systematische Spezifikation der Personeneffekte (im Rahmen eines Fixed- oder Random Effects Modells) wird bewusst verzichtet, da explizit Unterschiede zwischen Versuchseinheiten analysiert werden und die Betrachtung von intraindividuellen Differenzen (wie in Fixed- und Random Effects Schätzungen üblich) vor diesem Hintergrund zu verzerrten und kaum interpretierbaren Ergebnissen führt: Letztlich würde der Fixed Effects Schätzer ausschließlich messen, wie sich das Armutsrisiko an der Schwelle zwischen Nichterwerbstätigkeit und Erwerbstätigkeit verändert bzw. wie das Ausmaß dieser Risikoveränderung über die Phasen variiert. Aus streng ökonometrischer Perspektive

⁹ Allerdings sei hinzugefügt, dass die Überlappung zwischen Niedrigstunden- und Niedrigmonatslöhnen in Deutschland sehr hoch ist (Gießelmann/ Lohmann im Erscheinen).

¹⁰ Die Berechnung von Koeffizienten, Standardfehlern und Teststatistik im Rahmen der logistischen Regressionsschätzung erfolgt unter Verwendung des Statistik-Programmpakets Stata™ (Statacorp 2005)

ist das zwar als Equivalent zur untersuchten Fragestellung, nach pragmatischen Gesichtspunkten allerdings als Fehlspezifikation zu deuten.

Zuletzt sei darauf hingewiesen, dass insbesondere in den ersten Jahren des Untersuchungsfensters der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland durch den Anpassungsprozeß an den westdeutschen geprägt ist (Görzig et al. 2004). Zudem sind westdeutsche Einsteiger in den frühen Perioden des fokussierten Zeitraums überrepräsentiert, da Übergänge vor 1991 in Ostdeutschland nicht identifiziert werden können (schließlich gehören, aus konzeptioneller Perspektive, Personen mit einem Berufseinstieg in den Jahren 1989 und 1990 auch zur Population der Einsteiger im Jahr 1991 (bzw. 1992)). Die in dieser Studie fokussierten Entwicklungen werden also durch andere Prozesse, die sich aus unterschiedlichen methodischen und politischen Ausgangspunkten in den beiden Landesteilen ergeben, überlagert. Um diese Prozesse zu isolieren, werden separate Analysen für Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Zudem wird die Entwicklung in Ostdeutschland erst ab 1993 berichtet.

V. Ergebnisse

1. Entwicklungen spezifischer Armutsquoten

Abbildung 1 illustriert die Entwicklung der Armutsquoten von Einsteigern, Wiedereinsteigern und allen Erwerbstätigen in Westdeutschland zwischen 1991 und 2006. Während des gesamten Beobachtungszeitraums bestehen deutliche Niveauunterschiede zwischen den drei betrachteten Gruppen. Die Armutsrisiken von Einsteigern und Wiedereinsteigern liegen durchgehend über dem Durchschnitt, wobei Wiedereinsteiger in noch stärkerem Maß als Einsteiger von Armut betroffen sind. Das Ausmaß der gruppenspezifischen Unterschiede variiert jedoch zwischen den Zeitpunkten.

[Abbildung 1 etwa hier Einfügen]

Am Anfang des untersuchten Zeitraums, zwischen 1991 und 1993, liegen die Quoten von allen Erwerbstätigen und Einsteigern noch relativ dicht beieinander. In den

Jahren 1994, 2006 und insbesondere 1998 steigt jedoch die Armutsquote der Einsteiger, in Relation zu der aller Erwerbstätiger, sprunghaft an. Der Anstieg des Armutsrisikos von Wiedereinsteigern erfolgt ebenfalls in mehreren Etappen (1993-1994, 1998 und 2003). Da einerseits das Niveau der Quoten von Einsteigern und Wiedereinsteigern zwischen diesen Sprüngen im Verlauf jeweils relativ konstant bleibt und sich andererseits der Anteil an Armen unter allen Erwerbstätigen, insbesondere ab 1995, nur minimal vergrößert, ist über den gesamten Zeitraum ein deutlich überproportionales Wachstum des Armutsrisikos von Einsteigern und Wiedereinsteigern festzustellen. So steigt die Armutsquote unter allen Erwerbstätigen (also die „Working Poor“ - Quote) zwischen 1991 und 2006 nur um etwas mehr als 50 Prozent von 6,5 auf 10,2 Prozent (Zahlen siehe Tabelle A1 im Anhang). Das Armutsrisiko von Einsteigern (von 8,8 auf 18,6 Prozent) und Wiedereinsteigern (von 12,1 auf 26,2 Prozent) vergrößert sich dagegen um mehr als das Doppelte. Auch die Wahl eines Referenzpunkts, der hinter dem ersten Sprung in den Quoten von Einsteigern (1997: 10,4 Prozent) und Wiedereinsteigern (1997: 15,3 Prozent) liegt, führt zur Feststellung eines überproportionalen Wachstums für diese Gruppen.

In Ostdeutschland ist im Verlauf der Quoten zwischen Einsteigern und allen Erwerbstätigen kein eindeutiger Trend zu erkennen (Abbildung 2). Zwar divergieren die Quoten in den Jahren 1995 (22,8 vs. 15,9 Prozent) und 2004 (29,1 vs. 18,8 Prozent), nähern sich in den jeweils folgenden Abschnitten aber wieder einander an. Am Ende des Untersuchungszeitraums liegt das Armutsrisiko von Einsteigern (16,7 Prozent) sogar unter dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen (20,7 Prozent). Der Anteil an Armen unter den Wiedereinsteigern in Ostdeutschland ist bis 2002 relativ konstant doppelt so hoch wie in der Gruppe aller Erwerbstätiger. In den folgenden Jahren liegt das Armutsrisiko von Wiedereinsteigern dann durchgängig um nahezu 150% über dem Durchschnitt, steigt also im letzten Abschnitt des Untersuchungszeitraums deutlich überproportional an.

[Abbildung 2 etwa hier Einfügen]

2. Arbeitsmarktspezifische Entwicklungen von Einsteigern und Wiedereinsteigern

Um zu überprüfen, inwiefern der überproportionale Anstieg der Armutsquoten von Einsteigern und Wiedereinsteigern auf arbeitsmarktspezifische Veränderungen zurückgeführt werden kann, wird in diesem Abschnitt die Entwicklung der Niedriglohnquoten im Zeitverlauf berichtet (Abbildungen 3 und 4).

Im Zeitraum von 1991 bis 1996 variiert das Niedriglohnrisiko von Einsteigern zwischen 18,2 Prozent (1991) und 21,9 Prozent (1995), während für alle Erwerbstätige Quoten zwischen 19,2 Prozent (1991) und 20,6 Prozent (1995) ausgewiesen werden (Zahlen in Tabelle A2 im Anhang). In Westdeutschland liegt die Niedriglohnquote der Einsteiger also zunächst nicht über dem Durchschnitt, der Niveauunterschied in den Verläufen der Armutsquoten von Einsteigern und allen Erwerbstätigen im ersten Abschnitt des Untersuchungszeitraums ist demnach offenbar nicht durch unterschiedliche Arbeitsmarktpositionen, sondern andere Faktoren bedingt. In den folgenden 3 Jahren ist allerdings ein deutlich überproportionaler Anstieg des Niedriglohnrisikos von Einsteigern zu beobachten. Während der Anteil an Niedriglöhnern unter allen Erwerbstätigen zwischen 1996 und 1999 nur um wenig mehr als zwei Prozentpunkte von 20,2 auf 22,4 Prozent ansteigt, nimmt das Niedriglohnrisiko der Einsteiger im gleichen Zeitraum von 18,7 auf 34,3 Prozent zu. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums stagniert die Differenz der beiden Quoten dann auf dem zuvor erreichten, hohen Niveau.

[Abbildung 3 etwa hier Einfügen]

Die Niedriglohnquote der Wiedereinsteiger in Westdeutschland liegt im Jahr 1994 12,3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt, sinkt dann in den folgenden Jahren stetig, bis sie sich im Jahr 1996 bis auf 3,5 Prozentpunkte der Quote aller Erwerbstätiger annähert. Zwischen 1996 und 2006 wird ein (nahezu) stetiges Wachstum des Niedriglohnrisikos von Wiedereinsteigern bis auf 46,4 Prozent ausgewiesen, während das durchschnittliche Niedriglohnrisiko im gleichen Zeitraum nur bis auf 26,5 Prozent anwächst.

Der Unterschied in den Verläufen der Niedriglohnquoten von Einsteigern, Wiedereinsteigern und allen Erwerbstätigen ist in Ostdeutschland nicht so deutlich akzentuiert wie in Westdeutschland (Abbildung 4). Lediglich in der letzten Phase des Untersuchungszeitraums lässt sich ein überproportionaler Anstieg des Niedriglohnrisikos der Einsteiger (von 36,1 Prozent (2002) auf 50,2 Prozent (2006)) im Verhältnis zu allen Erwerbstätigen (von 28,4 auf 31,9 Prozent im gleichen Zeitraum) feststellen. Das überdurchschnittliche Wachstum der Niedriglohnquote der Wiedereinsteiger setzt etwas früher ein, nämlich bereits im Jahr 1997. Der Zuwachs in dieser Gruppe beträgt zwischen 1997 und 2006 etwas mehr als 21 Prozentpunkte, während der Durchschnittswert lediglich um 9,4 Prozentpunkte ansteigt.

[Abbildung 4 etwa hier einfügen]

Tendenziell lassen sich also, insbesondere in Westdeutschland, ähnliche Entwicklungen der Differenzen von Armut- und Niedriglohnquoten zwischen den Gruppen beobachten. Auf diese Weise wird die dargebotene Erklärung für das überproportionale Wachstum der Armutsquoten von Einsteigern und Wiedereinsteigern plausibilisiert. Im nun folgenden Analyseabschnitt sollen im Rahmen multivariater Analysen gezielt Alternativerklärungen für die unterschiedlichen Verläufe des Armutsrisikos untersucht werden.

3. Multivariate Datenanalyse

Um einerseits auszuschließen, dass soziodemographische Verschiebungen und struktureller Wandel Ursache des überproportionalen Anstiegs des Armutsrisikos spezieller Gruppen sind und andererseits die im deskriptiven Teil ausgewiesenen Ergebnisse statistisch abzusichern, werden in diesem Abschnitt die Ergebnisse einer Reihe logistischer Regressionsschätzungen berichtet (Tabellen 1 und 2). Dabei sind die aufgeführten Modelle stufenweise spezifiziert. So können zunächst die deskriptiven Ergebnisse reproduziert und auf Signifikanz getestet werden, bevor in weiteren Schritten die mögliche Konfundierung der Effekte durch Störvariablen untersucht wird.

Modell 1 berichtet die Veränderung des Armutsrisikos für alle Erwerbstätige in Westdeutschland, unabhängig von Ihrer Arbeitsmarktposition. Über den Untersuchungszeitraum verändert sich das „Working Poor“ - Risiko¹¹ hochsignifikant um den Faktor 1,45. Modell 2 weist die geschätzte multiplikative Veränderung des Risikos, arm trotz Erwerbstätigkeit zu sein, für verschiedene Zeitpunkte und Arbeitsmarktgruppen aus. Die Referenzkategorie, auf welche sich die geschätzten Werte beziehen, konstituieren „sonstige Erwerbstätige“ (also Personen, die weder Ein- noch Wiedereinsteiger sind) zwischen 1991 und 1994. Innerhalb dieser Personengruppe verändert sich das Armutsrisiko in deutlich geringerem Ausmaß als bei Inklusion von Einsteigern und Wiedereinsteigern. Über den gesamten Untersuchungszeitraum, von der ersten zur vierten Periode, steigt das Risiko geringfügig um den Faktor 1,28.

[Tabelle 1 etwa hier einfügen]

Das Risiko für eine Wiedereinsteiger, arm trotz Erwerbstätigkeit zu sein, ist in der ersten Periode 2,59 mal so groß wie für einen sonstigen Erwerbstätigen. Ab 1999 vergrößert sich der Abstand im Armutsrisiko zwischen Wiedereinsteigern und sonstigen Erwerbstätigen weiter, angezeigt durch die oberhalb von 1 liegenden Koeffizienten der Interaktionsvariablen. In der vierten Periode ist das Risiko für einen Wiedereinsteiger, arm zu sein ($2,59 \cdot 1,54$) = 3,99 mal so hoch wie für einen sonstigen Erwerbstätigen. Von der ersten bis zur vierten Periode verändert sich die Relation der Armutsrisiken zwischen den beiden Gruppen also insgesamt um den Faktor 1,54. Dieser Zuwachs im Abstand ist signifikant (auf dem 5%-Niveau) von Null verschieden. Das Armutsrisiko von Wiedereinsteigern steigt also im Zeitverlauf überproportional zur Veränderung in der Gruppe der sonstigen Erwerbstätigen an.

Das Risiko für einen Einsteiger, arm trotz Erwerbstätigkeit zu sein, ist in der ersten Periode (zwischen 1991 und 1994) 1,41 mal so hoch wie für einen sonstigen Erwerbstätigen. Wiederum quantifizieren die Koeffizienten der Interaktionsvariablen

¹¹ Im Folgenden wird der Begriff „Risiko“ synonym für den englischen Ausdruck „Odds“ verwendet. Formal-statistisch ist dieses nicht befriedigend, da das Konzept der Odds (Quotient aus Wahrscheinlichkeit und Gegenwahrscheinlichkeit) durch den Risikobegriff nur ungenügend aufgegriffen (und eher ein Bezug zum Wahrscheinlichkeitskonzept suggeriert) wird. Der Mangel an einem eingeführten deutschen Begriff für den beschriebenen Quotienten und der Wunsch nach einer lesbaren Auswertung mag die hier verwendete Notation trotzdem rechtfertigen.

die zeitliche Veränderung im Risikoverhältnis zwischen den beiden Gruppen. Die durchgehend über 1 liegenden Koeffizienten zeigen an, dass der Abstand im Armutsrisiko zwischen Einsteigern und sonstigen Erwerbstätigen in den folgenden Jahren größer ist als in der ersten Periode. In der dritten Periode sind die Armutsrisiken eines Einsteigers schließlich $(1,41 \cdot 1,61 =) 2,27$ mal so hoch wie für einen sonstigen Erwerbstätigen. Damit verändert sich die Relation der Risiken zwischen den beiden Gruppen von der ersten bis zur dritten Periode um den Faktor 1,61. Das Armutsrisiko von Einsteigern steigt also im Zeitverlauf überproportional zur Veränderung in der Gruppe der sonstigen Erwerbstätigen an. Für die vierte Periode wird dann kein überproportionales Wachstum mehr ausgewiesen, zudem ist der Unterschied der Differenz zur ersten Periode nicht mehr signifikant von 0 verschieden.

Interessant an den hier berichteten Ergebnissen ist, dass der Anstieg der „Working Poor“ - Quote, der im Rahmen der deskriptiven Analysen (Abbildung 1), des ersten Modells und auch in vielen Studien (siehe Abschnitt 2) berichtet wird, unter Ausschluß von Einsteigern und Wiedereinsteigern stark abgefedert wird und nicht mehr auf einem hohem Signifikanzniveau abgesichert werden kann.

In Modell 3 wird zusätzlich zu den gruppenspezifischen Trendverläufen das Merkmal „Bildung“ spezifiziert. Durch Integration der entsprechenden Variable wird einerseits der Niveauunterschied im Armutsrisiko zwischen Einsteigern und sonstigen Erwerbstätigen in der ersten Phase verringert (und zudem statistisch insignifikant), andererseits werden die Unterschiede zwischen den Gruppen im Zeitverlauf akzentuiert. So verändert sich unter Kontrolle der Bildungseigenschaft die Relation der Risiken von der ersten bis zur vierten Periode statistisch signifikant und um den Faktor 1,67. Durch Veränderungen im Ausbildungsverhalten von Berufseinsteigern wird offenbar der überproportionale Anstieg des Arbeitsmarktrisikos gegen Ende des untersuchten Zeitraums zumindest teilweise abgefedert. In Modell 4 werden zusätzlich die Haushaltszusammensetzung und der Beschäftigungssektor als erklärende Merkmale integriert. Die Kontrolle der entsprechenden Variablen hebt, wie auch schon die Integration des Bildungsmerkmals, das überproportionale Wachstum des Armutsrisikos von Wiedereinsteigern hervor. Die positive Veränderungen der Koeffizienten sind vage Anzeichen dafür, dass die Armutsbedrohung in dieser

Risikogruppe zum Ende des Beobachtungszeitraums verstärkt durch strukturellere Veränderungen abgedeckt bzw. verdeckt wird.

In Tabelle 2 werden die Ergebnisse identisch spezifizierter Regressionsmodelle für Ostdeutschland berichtet. Die geschätzte Entwicklung des „Working Poor“ - Risikos aller Erwerbstätigen entspricht dem typischen U-förmigen Verlauf, den Armuts- und Niedriglohnindikatoren seit der Wiedervereinigung für Ostdeutschland beschreiben. Dieser Verlauf erklärt sich durch die Überlagerung des Effektes sozial- und arbeitsmarktpolitischen Wandels von einem Trend zur Konvergenz an westdeutsche Lebensverhältnisse in den 1990er Jahren. Entsprechend der deskriptiven Analysen wird für Einsteiger kein signifikantes überproportionales Wachstum ausgewiesen. Bei den Wiedereinsteigern dagegen unterscheidet sich bereits in der zweiten Periode die Differenz in den Risiken zur Referenzgruppe signifikant von denen in der ersten Periode (Modell 2). In der vierten Periode sind die Armutsrisiken eines Wiedereinsteigers schließlich $(1,93 \cdot 2,28 =)$ 4,4 mal so hoch wie für einen sonstigen Erwerbstätigen. Damit verändert sich die Relation der Risiken zwischen den beiden Gruppen von der ersten bis zur dritten Periode um den Faktor 2,28. Auffällig ist, dass die Unterschiede der spezifischen Armutsrisiken im Zeitverlauf bei Integration der Kontrollvariablen (Modell 3 und 4) verflachen - ein Prozess, der in Westdeutschland nicht zu beobachten ist.

[Tabelle 2 etwa hier einfügen]

Abbildungen 5 und 6 illustrieren die Ergebnisse der Regressionsschätzungen. Dargestellt ist die Entwicklung der Armutsrisiken von Einsteigern, Wiedereinsteigern und sonstigen Erwerbstätigen unter Konstanthaltung der Kontrollvariablen, also unter Verwendung der Schätzergebnisse aus Modell 4 (Daten siehe Tabelle A3 im Anhang). Auf diese Weise werden die Effekte sozial- und arbeitspolitischen Wandels, kontrolliert um die Auswirkungen von Strukturveränderungen, verdeutlicht. Der Verlauf der dargestellten Kurven ist daher als „bereinigte“ Entwicklung der gruppenspezifischen Armutsrisiken zu interpretieren.

In Abbildung 5 ist der sprunghafte überproportionale Anstieg des Armutsrisikos für Einsteiger und Wiedereinsteiger zwischen der 1. und 2. sowie der 2. und 3. Periode

deutlich sichtbar. Illustriert wird zudem, dass sich die (bereinigten) Unterschiede zwischen den Einsteigern und sonstigen Erwerbstätigen im letzten Abschnitt des Untersuchungszeitraums zwar verfestigt, jedoch nicht weiter ausgebreitet haben. Das Wachstum des Armutsrisikos von Wiedereinsteigern ist dagegen auch in der 4. Periode noch überproportional. Abbildung 6 zeigt deutlich den überproportionalen Anstieg des Armutsrisikos von Wiedereinsteigern in Ostdeutschland von der 1. zur 2. sowie der 3. zur 4. Periode. Auffällig ist, dass der Annäherungsprozess an das westdeutsche Armutsniveau von der ersten zur zweiten Phase ausschließlich für sonstige Erwerbstätige, bei den Einsteigern (scheinbar) versetzt und für Wiedereinsteiger gar nicht ausgewiesen wird.

[Abbildung 5 und 6 etwa hier einfügen]

VI. Zusammenfassung und Diskussion

Die Hypothese, dass das Armutsrisiko von Einsteigern und Wiedereinsteigern in Westdeutschland im Zeitverlauf überproportional angestiegen ist, konnte im Rahmen der empirischen Analysen bestätigt werden. Die überproportionale Zunahme des Armutsrisikos lässt sich für diese Gruppen insbesondere zwischen 1997 und 1998 sowie, für die Wiedereinsteiger, nach 2003 beobachten und fällt damit in einen Zeitraum, dem intensive Einschnitte in das soziale Sicherungssystem (Implementation des SGB III im Jahr 1996) und arbeitsmarktpolitischen Reformen (Reform des Arbeitsförderungsgesetzes im Jahr 1997, „Hartz II“ - Reform im Jahr 2003) unmittelbar vorausgegangen sind. Sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformen haben also den vorausgesagten Effekt auf die Verteilung des Armutsrisikos über verschiedenen Arbeitsmarktgruppen und akzentuieren, im Zusammenspiel mit spezifischen Schutzmechanismen für etablierte Erwerbstätige, Ein- und Wiedereinsteiger als Verlierer der Globalisierung.

Die multivariaten Analysen bestätigen diesen Befund und zeigen, dass die beobachteten Veränderungen in den Lebensbedingungen von Ein- und Wiedereinsteigern nicht auf strukturelle Veränderungen in diesen Gruppen zurückzuführen sind: Auf der Grundlage eines Vergleichs der schrittweise spezifizierten

Regressionsmodelle kann weitestgehend ausgeschlossen werden, dass der überproportionale Anstieg des Armutsrisikos von Einsteigern und Wiedereinsteigern in Westdeutschland in der Ausdifferenzierung von Lebensformen, sektoralem Wandel oder Veränderungen in (Aus-) Bildungsentscheidungen begründet ist. Auch in Ostdeutschland steigt das Armutsrisiko von Wiedereinsteigern im Zeitverlauf überproportional, der Verlauf der gruppenspezifischen Armutsquoten verweist jedoch darauf, dass die im Rahmen dieser Studie untersuchten Prozesse stark durch andere Dynamiken, nämlich insbesondere die Konvergenz an westdeutsche Lebensbedingungen, überlagert sind. Möglicherweise erklären sich die mehrdeutigen Ergebnisse für ostdeutsche Einsteiger durch Fallzahlprobleme, die eine Identifizierung von Trends nicht ermöglichen. Für diese Gruppe konnte jedenfalls kein überproportionales Wachstum des Armutsrisikos nachgewiesen werden.

Die Vermutung, dass neben Veränderungen in den institutionellen Rahmenbedingungen insbesondere arbeitsmarktspezifische Wandelprozesse Ursache der beobachteten Trends sind, wird zudem durch die Analyse von Niedriglohnrisiken der fokussierten Gruppen empirisch plausibilisiert: In Westdeutschland wird die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen von Einsteigern, Wiedereinsteigern und sonstigen Erwerbstätigen näherungsweise durch die veränderte Lohnsituation auf dem Arbeitsmarkt reflektiert. Bemerkenswert ist allerdings, dass der Anstieg der Niedriglohnquoten etwas früher, nämlich ab 1996, als das deutliche überproportionale Wachstum der Armutsquoten einsetzt. Diese und weitere Abweichungen in den Verläufen von Niedriglohn- und Armutsquoten ergibt sich wahrscheinlich aus dem empirisch belegten Faktum, dass der Zusammenhang zwischen Niedriglohn und Armut in Westdeutschland traditionell schwach ist, da niedrig entlohnte Jobs zumeist sekundäre Einkommensquellen von Haushalten sind (Gießelmann/Lohmann im Erscheinen). Die Dynamik der Niedriglohnquoten verweist also nicht nur auf veränderte materielle Lebensbedingungen von Erwerbstätigen, sondern greift auch Veränderungen in der Erwerbsstruktur von Haushalten auf.

Etwas überraschend ist, dass sich nach 1998 die Unterschiede im Armutsrisiko zwischen Einsteigern und sonstigen Erwerbstätigen zwar verfestigen, jedoch selbst

unter Kontrolle der Drittvariablen nicht weiter verstärken¹². Speziell die „Hartz II“-Reform aus dem Jahr 2003 sollte, zufolge der Vermutungen, den Unterschied im Armutsrisiko zwischen den Gruppen weiter akzentuieren. Die ansteigende Niedriglohnquote in dieser Gruppe in jenem Jahr deutet darauf hin, dass Effekte dieser Reform auf die materiellen Lebensbedingungen durch Prozesse abgefedert werden, die im Rahmen der Untersuchung nicht berücksichtigt wurden. Denkbar ist, dass verstärkt Einkommen aus mehreren Jobs auf Haushalts- oder individueller Ebene gebündelt werden. Dieser Vermutung entsprechend haben z.B. Hirschenauer/Wießner (2006) die Vergrößerung des Anteils der Mehrfachbeschäftigten zwischen 2002 und 2004 empirisch belegt.

Eine ähnliche Inkonsistenz zwischen Theorie und Empirie kann für westdeutsche Wiedereinsteiger in Bezug auf die „Hartz IV“ – Reform (2005) beobachtet werden, welche nicht zu der vorhergesagten Erhöhung des Anteils Armer in dieser Gruppe geführt hat. Die Ergebnisse der multivariaten Analyse, in der das ansteigende Armutsrisiko von Wiedereinsteigern in der letzten Phase bei Integration der Kontrollvariablen verstärkt wird (siehe Abbildung 5), deuten allerdings darauf hin, dass dieser Befund zum Teil durch Strukturverschiebungen innerhalb der Gruppe von Wiedereinsteigern erklärt wird - scheinbar verdeckt das im Zeitverlauf ansteigende Qualifikationsniveau von Wiedereinsteigern die Auswirkungen der „Hartz IV“ - Reform. Die ansteigenden Niedriglohnquoten in den Jahren 2005 und 2006 lassen allerdings auch die hier die Vermutung zu, dass durch Klumpung von Erwerbsgelegenheiten Effekte auf das Lohnniveau kompensiert wurden.

Ein bemerkenswertes Ergebnis des berichteten Regressionsmodells ist, dass bei Spezifikation der Trends von Einsteigern und Wiedereinsteigern der Anstieg des Armutsrisikos in der Referenzgruppe gering ausfällt und statistisch nicht auf hohem Niveau abgesichert werden kann. Der Anstieg der „Working Poor“ - Quote während des Untersuchungszeitraums kann also zu großen Teilen auf Veränderungen innerhalb der Einsteiger und Wiedereinsteiger zurückgeführt werden. Allerdings ist der Anstieg für sonstige Erwerbstätige insbesondere in der letzten Phase des Untersuchungszeitraums immer noch beträchtlich und deutlich messbar. Ein weiterer

¹² Der überproportionale Anstieg im Jahr 2006 lässt sich nur begrenzt Interpretieren, da Personen in Übergangjobs zwischen zwei Ausbildungsphasen (aufgrund fehlender Informationen zum Jahr 2007) hier nicht identifiziert werden können und so fälschlicherweise zu den Einsteigern gezählt werden.

empirischer Grund, warum in vielen Studien keine drastische Verschärfung des „Working Poor“ - Problems ausgewiesen wird, scheint also (neben der undifferenzierten Betrachtung von Arbeitsmarktgruppen) die Beschränkung des Untersuchungszeitraums zu sein. Offenbar betreffen jüngste Absenkungen des Dekommodifizierungsniveaus, möglicherweise im Zusammenspiel mit der Schwächung gewerkschaftlicher Machtpositionen (Ellguth/ Kohaut 2005, Bispinck 2005, Schnabel 2005), nicht nur Wiedereinsteiger, sondern auch die „Insider“. Zudem setzt sich die Gruppe der sonstigen Erwerbstätigen in der letzten Phase des Untersuchungszeitraums auch aus den Einsteigern und Wiedereinsteigern der armutsgefährdeten (Wieder-) Einstiegsjahrgänge 1998 bis 2002 zusammen. Unterstellt man also eine Persistenz von Nachteilen beim Berufseinstieg in der weiteren Erwerbskarriere, so verschiebt sich mit der Neuzusammensetzung der untersuchten Gruppen gleichzeitig der erhöhte Anteil an Armen in die Gruppe der sonstigen Erwerbstätigen. Das ansteigende Armutsrisiko der „Insider“ am Ende des Untersuchungszeitraums ließe sich dementsprechend als frühes Indiz für die Vermutung interpretieren, dass sich, aufgrund der verstärkten Prekarisierung der (Wieder-) Einstiegsjahrgänge nach 1998, das „Working Poor“ - Problem in Zukunft verschärfen wird.

Zur Überprüfung dieser Vermutung sind allerdings weiterführende Analysen notwendig. So muss geklärt werden, ob sich aus verschlechterten Startbedingungen jüngster und künftiger (Wieder-) Einstiegskohorten tatsächlich dauerhafte Nachteile ergeben oder ob es im Verlauf der Erwerbskarriere wieder zu einer Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen Angehöriger der jungen (Wieder-) Einstiegskohorten kommt. Aus sozialpolitischer Perspektive könnte in diesem Fall die Möglichkeit langfristiger Aufstiegsprozesse kurzfristige materielle Defizite rechtfertigen. Allerdings weisen empirische Analysen eine schwache Mobilität im deutschen Niedriglohnsektor aus (Fritzsche/ Haisken- DeNew 2004, Rhein et al. 2005, European Commission 2004), was eher für eine Persistenz der hier festgestellten Unterschiede im Lebensverlauf spricht.

Die sozialpolitische Beurteilung der hier präsentierten empirischen Befunde hängt zudem davon ab, inwieweit die Zunahme von Armut unter den Berufseinsteigern durch einen Rückgang von Jugendarbeitslosigkeit bzw. Armut unter jungen Arbeits-

losen aufgewogen wird. Um dieses zu beurteilen bedarf es, zusätzlich zu diesem Beitrag, einer genaueren Analyse der Entwicklung von Arbeitslosigkeit unter Abgängern des Ausbildungssystems.

Literatur

- Andreß, H.-J. / Lohmann, H. (Hrsg.), im Erscheinen: *The working poor in Europe*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Bäcker, G., 2006: Was heißt hier "geringfügig"? - Minijobs als wachsendes Segment prekärer Beschäftigung. *WSI. WSI Mitteilungen*, 5. Düsseldorf.
- Becker, I., 2002: Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien in Grenzen. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 71, 1: 126–146.
- Becker, I. / Hauser, R., 2006: Verteilungseffekte der Hartz-IV-Reform: Ergebnisse von Simulationsanalysen. *Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung*, 69. Berlin: Edition Sigma.
- Bernholz, P. / Breyer, F., 1994: *Ökonomische Theorie der Politik*, Bd. 2. Tübingen: Mohr.
- Bispinck, R., 2005: Tarifstandards unter Druck - Tarifpolitischer Jahresbericht 2004. *WSI. WSI Mitteilungen*, 2. Düsseldorf.
- Bispinck, R., 2008: Gespaltene Tarifentwicklung: Streiks um Tarifstandards und verschärfte Gewerkschaftskonkurrenz. *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI). Informationen zur Tarifpolitik*. Düsseldorf.
- Bispinck, R. / Schäfer, C., 2005: Niedriglöhne? Mindestlöhne!: Verbreitung von Niedriglöhnen und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung. *Sozialer Fortschritt*, 54, 1: 20–31.
- Blossfeld, H.-P. / Mills, M. 2003: Globalization, uncertainty and changes in Early Life Courses. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 6, 2: 189–218.
- Byrne, D., 2003: The new politics of the welfare state. *Work, Employment and Society*, 17, 1: 197–205.
- Clasen, J., 2005: *Reforming European welfare states: Germany and the United Kingdom compared*. Oxford: Oxford University Press.
- Ellguth, P./ Kohaut, S., 2005: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel. *WSI Mitteilungen*, 7. Düsseldorf.
- Esping-Andersen, G., 1990: *The three worlds of welfare capitalism*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- European Commission, 2004: *Employment in Europe 2004: Recent Trends and Prospects*. Luxembourg.

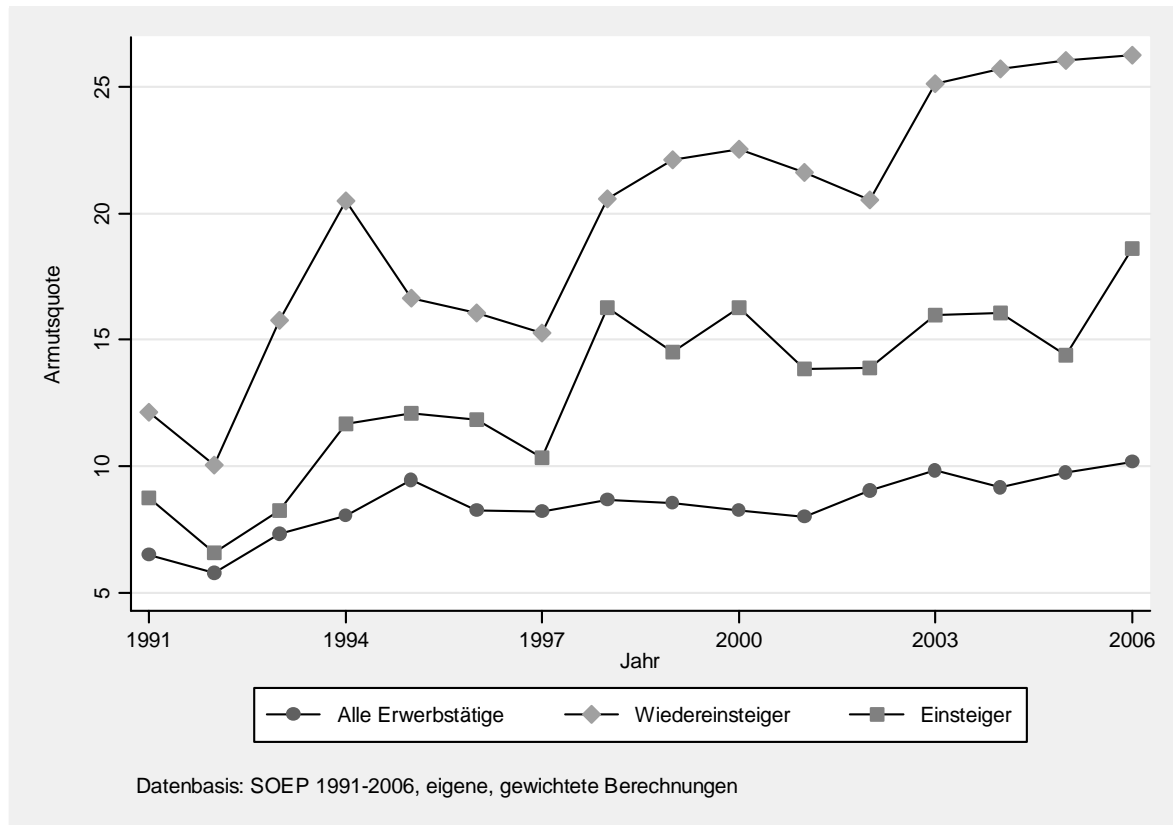
- Fritzsche, B. / Haisken-DeNew, J.P., 2004: Lebensstandarddefizite bei erwerbstätigen Haushalten ("Working Poor"). RWI: Projektberichte. Essen.
- Gangl, M., 2003: Explaining change in early career outcomes: labour market conditions, educational expansion, and youth cohort sizes in: W. Müller / M. Gangl (Hrsg.), *Transitions from Education to Work in Europe. The integration of Youth into EU Labour Markets*. Oxford: Oxford University Press.
- Gießelmann, M. / Lohmann, H., im Erscheinen: The different roles of low-wage work in Germany. Regional, demographical and temporal variances in the poverty risk of low-paid workers in: H.J. Andreß / H. Lohmann (Hrsg.), *The working poor in Europe*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Görzig, B. / Gornig, M. / Werwatz, A., 2004: East Germany's Wage Gap: A non-parametric decomposition based on establishment characteristics. DIW. Discussion Papers, 451. Berlin.
- Hanesch, W. / Krause, P. / Bäcker, G., 2000: Armut und Ungleichheit in Deutschland: Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Hamburg: Rowohlt.
- Hauser, R. / Cremer-Schäfer, H. / Krupp, H.J. / Nouvertné, U., 1986: Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland: Bestandsaufnahme und sozialpolitische Perspektiven. Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, 8. Frankfurt/ Main: Campus.
- Heinelt, H., 2003: Arbeitsmarktpolitik - von "versorgenden" wohlfahrtsstaatlichen Interventionen zur "aktivierenden" Beschäftigungsförderung in: A. Gohr / M. Seeleib-Kaiser (Hrsg.), *Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hirschenauer, F. / Wießner, F., 2006: Mehrfachbeschäftigung - Ein Job ist nicht genug. IAB. IAB Kurzbericht, 22. Nürnberg.
- Hoffmann, E. / Walwei, U., 1998: Normalarbeitsverhältnis: Ein Auslaufmodell?: Überlegungen zu einem Erklärungsmodell für den Wandel der Beschäftigungsformen. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 31, 3: 409–425.
- Hurrell, A. / Woods, N., 1995: Globalisation and Inequality. *Millenium: Journal of international Studies*, 24, 3: 447–470.
- Kalina, T. / Weinkopf, C., 2006: Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigungen und Minijobs? IAT-Report.
- Kaufmann, F.-X., 1997: Herausforderungen des Sozialstaates. Edition Suhrkamp, 2053. Frankfurt: Suhrkamp.
- Keller, B., 1999: Einführung in die Arbeitspolitik: Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt in sozialwissenschaftlicher Perspektive. München: R. Oldenbourg.
- Koch, A. und Bäcker, G., 2003: Mit Mini- und Midi-Jobs aus der Arbeitslosigkeit?: Die Neuregelung zur Beschäftigungsförderung im unteren Einkommensbereich. *Sozialer Fortschritt*, 52, 4: 95–102.
- Konietzka, D., 1998: Langfristige Wandlungstendenzen im Übergang von der Schule zum Beruf. *Soziale Welt*, 49: 107–134.

- Lechert, Y. / Schroedter, J. / Lüttinger, P., 2006: Die Umsetzung der
Bildungsklassifikation CASMIN für die Volkszählung 1970, die Mikrozensus-
Zusatzerhebung 1971 und die Mikrozensus 1976-2004. Zuma. Zuma-
Methodenbericht, 12. Mannheim.
- Ludwig-Mayerhofer, W., 1992: Arbeitslosigkeit, Erwerbsarbeit und Armut.
Längerfristige Armutsrisiken im Kontext von Haushalt und Sozialstruktur. S. 380–
402 in: S. Leibfried / W. Voges (Hrsg.), Armut im modernen Wohlfahrtsstaat.
Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 32. Opladen:
Westdeutscher Verlag.
- Mückenberger, U., 1985: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das
Arbeitsrecht noch Zukunft?, in: , 31 (1985), S. 415-475. Zeitschrift für
Sozialreform, 31, 7 u. 8: 415-434, 457-475.
- Müller, W. und Gangl, M., 2003: The Transition from School to Work: A European
Perspective. S. 1–23 in: W. Müller / M. Gangl (Hrsg.), Transitions from Education
to Work in Europe. The integration of Youth into EU Labour Markets. Oxford:
Oxford University Press.
- Müller, W. und Pollak, R., 2004: Weshalb gibt es so wenige Arbeiterkinder in
Deutschlands Universitäten? S. 311–352 in: R. Becker / W. Lauterbach (Hrsg.),
Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der
Bildungsungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oswald, A. J., 1985: The Economic Theory of Trade Unions. *Scandinavian Journal
of Economics*, 87, 2: 160–193.
- Pampel, F. C., 2000: Logistic Regression: A Primer. Sage University Papers Series
on Quantitative Applications in the Social Sciences, 07-132. Thousand Oakes, CA:
Sage.
- Pischner, R., 2007: Die Querschnittsgewichtung und die Hochrechnungsfaktoren des
Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ab Release 2007 (Welle w). DIW. Berlin.
- Rhein, T. / Gartner, H. / Krug, G., 2005: Aufstiegschancen für Geringverdiener
verschlechtert. IAB Kurzbericht. Nürnberg.
- Rieger, E. / Leibfried, S., 1997: Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung.
Politische Vierteljahreshefte, 38, 4: 771–796.
- Sachverständigenrat, 2002: Jahresgutachten 2002/03: Zwanzig Punkte für
Beschäftigung und Wachstum. Stuttgart.
- Scherer, S., 2001: Early Career Patterns: A Comparison of Great Britain and West
Germany. *European Sociological Review*, 17, 2: 119–144.
- Sesselmeier, W. / Blauermel, W., 1997: Arbeitsmarkttheorien - Ein Überblick.
Heidelberg: Physica.
- Stata Corporation (2005): Stata Base Reference Manual: Release 9, Stata Press,
Texas.
- Statistisches Bundesamt, 2003: Klassifikation der Wirtschaftszweige: mit
Erläuterungen. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt, 2004: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.
Tageseinrichtungen für Kinder am 31.12.2002. Wiesbaden.

- Strengmann-Kuhn, W., 2003: Armut trotz Erwerbstätigkeit: Analysen und sozialpolitische Konsequenzen. Frankfurt: Campus.
- Ullrich, C. G., 2005: Soziologie des Wohlfahrtsstaates: Eine Einführung. Campus Studium. Frankfurt: Campus.
- Wooldridge, J. M., 2002: Econometric analysis of cross section and panel data. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Zürn, M., 1992: Jenseits der Staatlichkeit: Über die Folgen der ungleichzeitigen Denationalisierung. Leviathan, 4: 490–513.

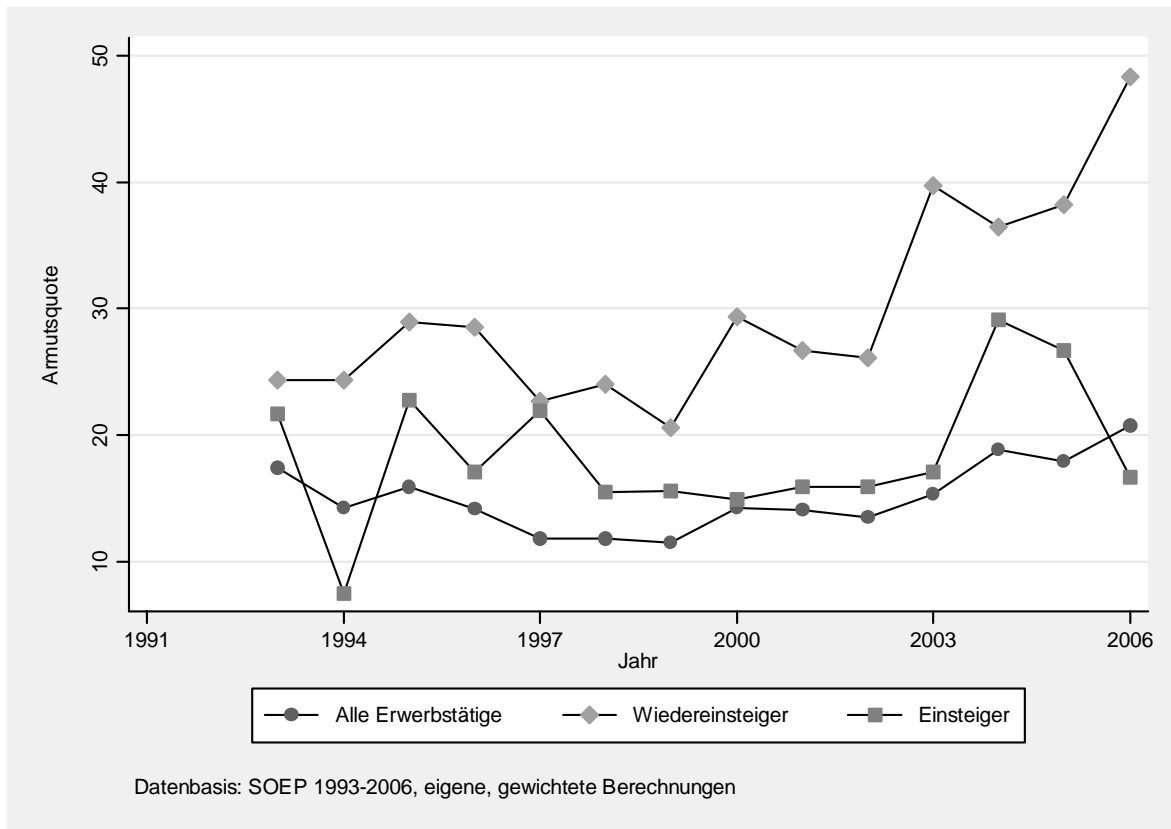
Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Armutsquoten von Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern in Westdeutschland (1991-2006, Angaben in Prozent)¹



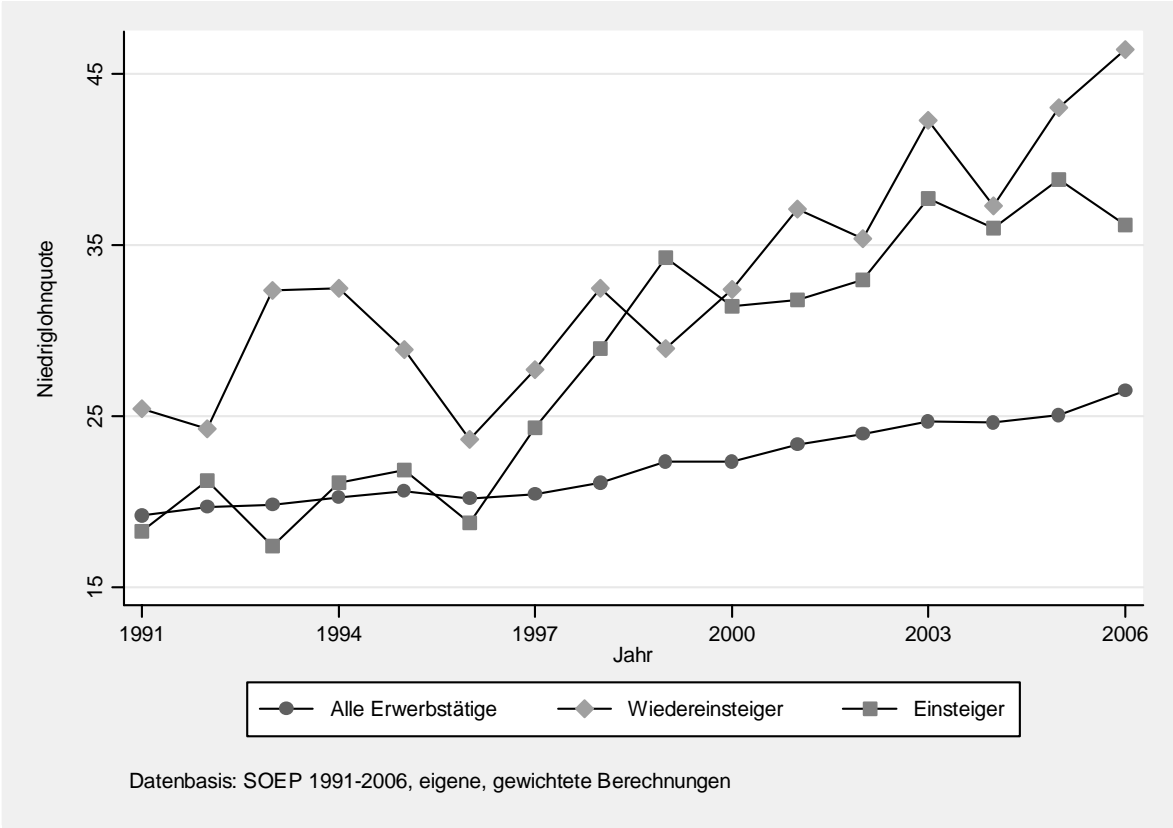
¹ Daten zur Abbildung siehe *Tabelle A1*.

Abbildung 2: Armutsquoten von Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern in Ostdeutschland (1992-2006, Angaben in Prozent)²



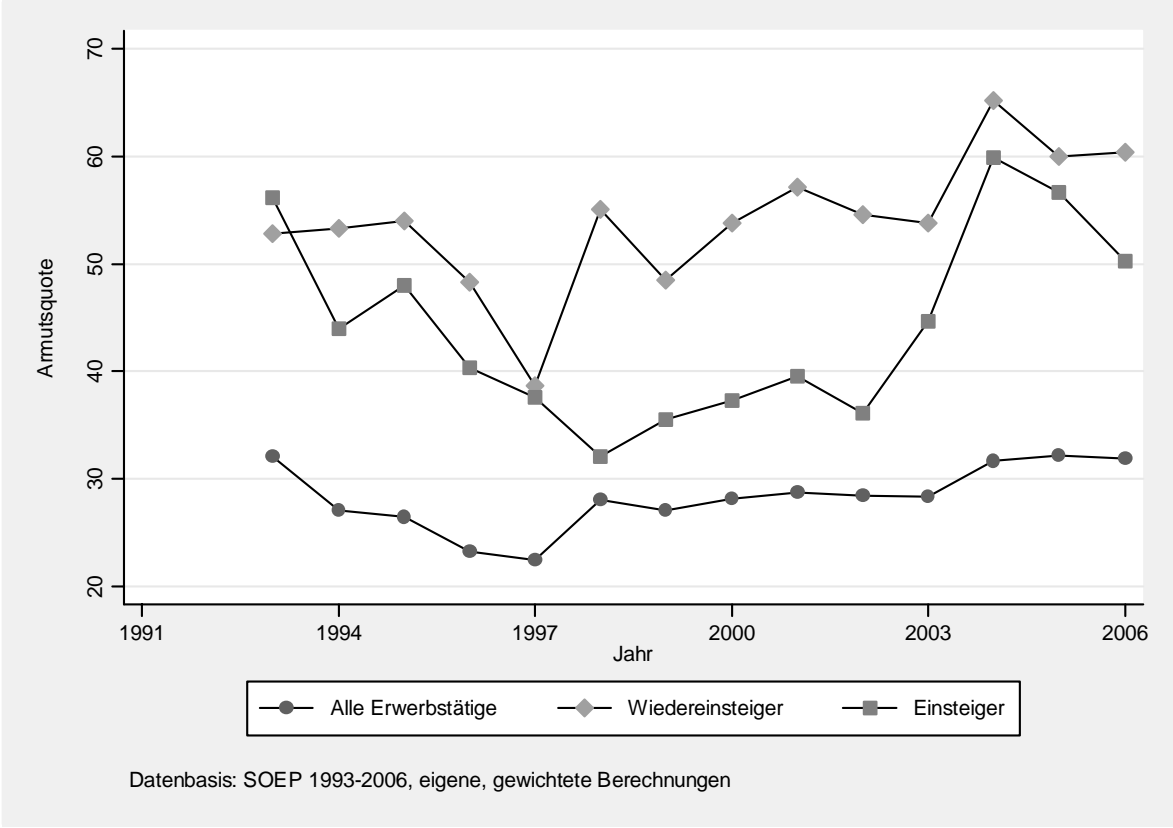
² Daten zur Abbildung siehe *Tabelle A1*.

Abbildung 3: Niedriglohnquoten von Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern in Westdeutschland (1992-2006, Angaben in Prozent)³



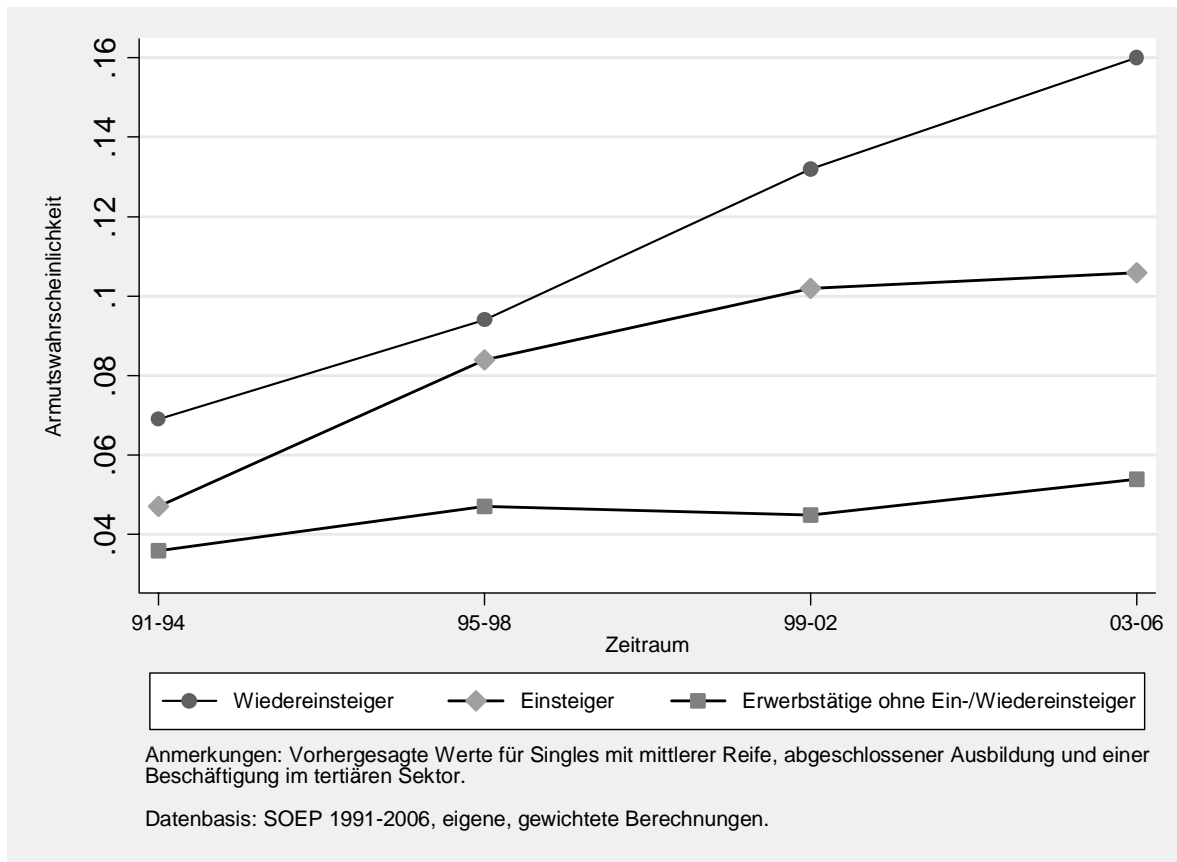
³ Daten zur Abbildung siehe *Tabelle A2*.

Abbildung 4: Niedriglohnquoten von Erwerbstätigen, Einsteigern und Wiedereinsteigern in Ostdeutschland (1992-2006, Angaben in Prozent)⁴



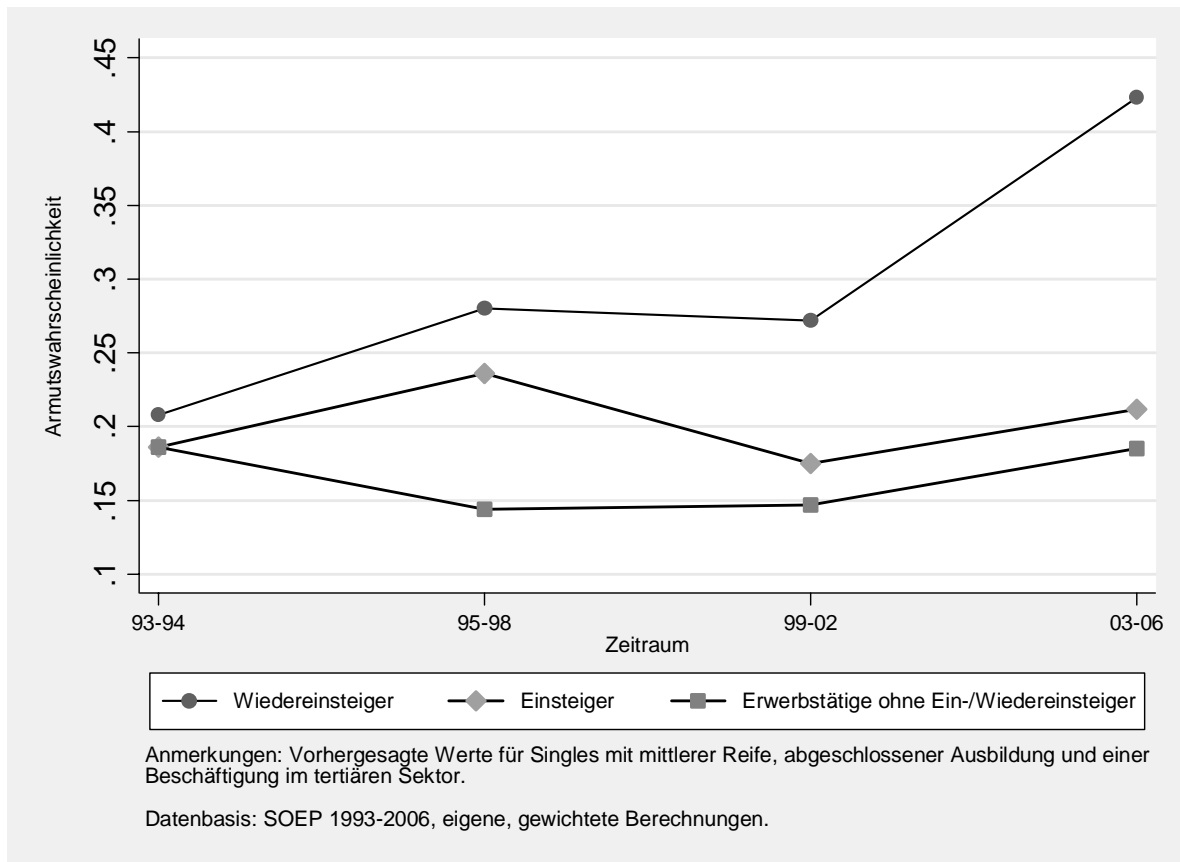
⁴ Daten zur Abbildung siehe *Tabelle A2*.

Abbildung 5: Vorhergesagte Armutswahrscheinlichkeiten für Einsteiger, Wiedereinsteiger und sonstige Erwerbstätige in Westdeutschland (1992-2006)⁵



⁵ Daten zur Abbildung siehe Tabelle A3.

Abbildung 6: Vorhergesagte Armutswahrscheinlichkeiten für Einsteiger, Wiedereinsteiger und sonstige Erwerbstätige in Ostdeutschland (1993-2006)⁶



⁶ Daten zur Abbildung siehe Tabelle A3.

Tabelle 1: Logistische Regression: Determinanten der Armutswahrscheinlichkeit Erwerbstätiger in Westdeutschland (Odds Ratios, Teststatistik unter Verwendung robuster Standardfehler berechnet)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Zeitpunkt				
91 - 94	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)
95 - 98	1,27***	1,22***	1,32***	1,31***
99 - 02	1,24***	1,10	1,28***	1,27***
03 - 06	1,45***	1,28**	1,58***	1,52***
Spezifische Effekte: Wiedereinsteiger				
Wiedereinsteiger		2,59***	2,29***	1,97***
Wiedereinsteiger * 95-98		0,96	1,01	1,07
Wiedereinsteiger * 99-02		1,42	1,50	1,61*
Wiedereinsteiger * 03-06		1,54*	1,62*	1,69**
Spezifische Effekte: Einsteiger				
Einsteiger		1,41*	1,28	1,31
Einsteiger * 95-98		1,21	1,49	1,42
Einsteiger * 99-02		1,61*	1,92**	1,83**
Einsteiger * 03-06		1,56	1,67*	1,59*
Kontrollvariablen				
A. Bildung (nach Casmin) ¹				
Hauptschulabschluss und Ausbildung (1c)			(Referenz)	(Referenz)
Kein Abschluss (1a)			2,53***	2,57***
Hauptschulabschluss ohne Ausbildung (1b)			1,86***	1,85***
Mittlere Reife ohne Ausbildung (2b)			1,18	1,03
Mittlere Reife und Ausbildung (2a)			0,51***	0,48***
(Fach-)Abitur ohne Ausbildung (2c_gen)			1,06	0,97
(Fach-)Abitur und Ausbildung (2c_voc)			0,48***	0,43***
Fachhochschulabschluss (3a)			0,26***	0,25***
Hochschulabschluss (3b)			0,29***	0,28***
Verw.			1,31	1,13
B. Sektoren ¹				
Sekundärer Sektor				(Referenz)
Primärer Sektor				4,92***
Tertiärer Sektor				1,37***
Verw.				2,95***
C. Haushaltskonstellation				
Mit Eltern				(Referenz)
Mit Partner/ ohne Kind				0,60***
Mit Partner/ mit Kind				1,19
Alleinlebend				0,93
Alleinerziehend				3,60***

Anmerkungen: ¹ Um Reduktionen der Fallzahl zu vermeiden, wurde eine zusätzliche Kategorie in das Modell integriert ("Verw."), welche alle Antwortverweigerer in der entsprechenden Variable umfasst.

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Datenbasis: SOEP 1991-2006, eigene, gewichtete Berechnungen.

Tabelle 2: Logistische Regression: Determinanten der Armutswahrscheinlichkeit Erwerbstätiger in Ostdeutschland (Odds Ratios, Teststatistik unter Verwendung robuster Standardfehler berechnet)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Zeitpunkt				
93 - 94	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)	(Referenz)
95 - 98	0,83**	0,71***	0,72***	0,74***
99 - 02	0,82**	0,71***	0,72***	0,76**
03 - 06	1,18*	0,94	0,95	0,99
Spezifische Effekte: Wiedereinsteiger				
Wiedereinsteiger		1,93***	1,77***	1,64***
Wiedereinsteiger * 95-98		1,56**	1,50*	1,40*
Wiedereinsteiger * 99-02		1,48*	1,43*	1,32
Wiedereinsteiger * 03-06		2,28***	2,22***	1,98***
Spezifische Effekte: Einsteiger				
Einsteiger		1,03	0,86	1
Einsteiger * 95-98		1,98	1,9	1,83
Einsteiger * 99-02		1,51	1,45	1,23
Einsteiger * 03-06		1,79	1,5	1,19
Kontrollvariablen				
A. Bildung (nach Casmin) ¹				
Hauptschulabschluss und Ausbildung (1c)			(Referenz)	(Referenz)
Kein Abschluss (1a)			3,64***	3,71***
Hauptschulabschluss ohne Ausbildung (1b)			2,10***	1,87***
Mittlere Reife ohne Ausbildung (2b)			1,05	0,96
Mittlere Reife und Ausbildung (2a)			0,70***	0,62***
(Fach-)Abitur ohne Ausbildung (2c_gen)			1,62	1,31
(Fach-)Abitur und Ausbildung (2c_voc)			0,41***	0,36***
Fachhochschulabschluss (3a)			0,37***	0,34***
Hochschulabschluss (3b)			0,27***	0,24***
Verw.			1,28	0,99
B. Sektoren ¹				
Sekundärer Sektor				(Referenz)
Primärer Sektor				2,65***
Tertiärer Sektor				1,16
Verw.				2,18***
C. Haushaltskonstellation				
Mit Eltern				(Referenz)
Mit Partner/ ohne Kind				0,78*
Mit Partner/ mit Kind				1,50**
Alleinlebend				1,63***
Alleinerziehend				3,70***

Anmerkungen: ¹ Um Reduktionen der Fallzahl zu vermeiden, wurde eine zusätzliche Kategorie in das Modell integriert ("Verw."), welche alle Antwortverweigerer in der entsprechenden Variable umfasst.

* p<0.05, ** p<0.01, *** p<0.001

Datenbasis: SOEP 1993-2006, eigene, gewichtete Berechnungen.

Anhang

Tabelle A1 (zu Abbildungen 1 und 2): Armutsquoten Einsteiger, Wiedereinsteiger, Erwerbstätige für West- und Ostdeutschland (1991-2006, Angaben in Prozent)

	Alle Erwerbstätigen		Einsteiger		Wiedereinsteiger	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1991	6,5		8,8		12,1	
1992	5,8		6,6		10	
1993	7,3	17,4	8,2	21,7	15,8	24,3
1994	8,1	14,2	11,7	7,5	20,5	24,3
1995	9,5	15,9	12,1	22,8	16,7	29
1996	8,3	14,2	11,8	17,1	16	28,5
1997	8,2	11,8	10,4	21,9	15,3	22,7
1998	8,7	11,8	16,3	15,5	20,6	24
1999	8,6	11,4	14,5	15,5	22,1	20,6
2000	8,2	14,2	16,3	14,9	22,5	29,4
2001	8	14	13,8	15,9	21,6	26,7
2002	9	13,5	13,9	15,9	20,5	26,1
2003	9,8	15,3	16	17,1	25,1	39,8
2004	9,2	18,8	16,1	29,1	25,7	36,5
2005	9,8	17,9	14,4	26,7	26	38,2
2006	10,2	20,7	18,6	16,7	26,2	48,4

Datenbasis: SOEP 1991-2006, eigene, gewichtete Berechnungen.

Tabelle A2 (zu Abbildungen 3 und 4): Niedriglohnquoten Einsteiger, Wiedereinsteiger, Erwerbstätige für Ost- und Westdeutschland (1991-2006, Angaben in Prozent)

	Alle Erwerbstätigen		Einsteiger		Wiedereinsteiger	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1991	19,2		18,2		25,4	
1992	19,7		21,3		24,3	
1993	19,8	32,1	17,4	56,2	32,3	52,8
1994	20,2	27,1	21,1	44	32,5	53,3
1995	20,6	26,5	21,9	48	28,9	54
1996	20,2	23,3	18,7	40,3	23,7	48,3
1997	20,4	22,5	24,3	37,6	27,7	38,7
1998	21,1	28,1	28,9	32	32,5	55,1
1999	22,4	27,1	34,3	35,5	28,9	48,5
2000	22,3	28,2	31,4	37,3	32,4	53,8
2001	23,3	28,7	31,8	39,6	37,1	57,2
2002	23,9	28,5	33	36,1	35,4	54,6
2003	24,7	28,4	37,7	44,6	42,3	53,8
2004	24,6	31,7	36	59,9	37,3	65,2
2005	25,1	32,1	38,8	56,7	43	60,1
2006	26,5	31,9	36,2	50,2	46,4	60,5

Datenbasis: SOEP 1991-2006, eigene, gewichtete Berechnungen.

Tabelle A3 (zu Abbildungen 5 und 6): Vorhergesagte Armutswahrscheinlichkeiten für Erwerbstätige in West- und Ostdeutschland (1991-2006)

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Erwerbstätige ohne Ein- /Wiedereinsteiger	Einsteiger	Wiedereinsteiger	Erwerbstätige ohne Ein- /Wiedereinsteiger	Einsteiger	Wiedereinsteiger
Phase 1 (1991- 1994) ¹	.036	.047	.069	.186	.186	.208
Phase 2 (1995- 1998)	.047	.084	.094	.144	.236	.28
Phase 3 (1999- 2002)	.045	.102	.132	.147	.175	.272
Phase 4 (2003- 2006)	.054	.106	.16	.185	.212	.423

¹ Phase 1 umfasst in Ostdeutschland lediglich die Jahre 1993 und 1994